Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Faber & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 59 | Dresden, Freitag den 10. März 1922 | 33. Jahrg.

Das Steuerkompromiß

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß haben am Donnerstag abend in einer interfraktionellen Besprechung zu einem gewissen Abschluß geführt.

Die Besprechungen galten zunächst dem von der Regierung vorgelegten Mantelgesetz, dessen § 1 besagt, daß die Regierung die Mittel für die Kredite, die durch das Reichshaushaltgesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsmittel bestimmt sind, im Wege einer in Reichsmark eingutragenden, in den ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Mark flüssig machen kann. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten, daß im § 1 des Mantelgesetzes nähere Angaben über die Einziehung der Zwangsanleihe festgelegt werden. Demgegenüber wünschten die bürgerlichen Parteien, daß Spezialfragen erst in dem endgültigen Gesetz Geltung finden. Nachdem die Regierung und die an dem Kompromiß beteiligten Parteien zu erkennen gaben, daß sie bestrebt sind, die Zwangsanleihe schnellstens zur Einhebung zu bringen, und die Bereitwilligkeit zeigten, entsprechende Erklärungen abzugeben, stellten die sozialdemokratischen Vertreter ihre anfänglichen Bedenken zurück.

Nach der Besprechung des Mantelgesetzes begannen die Erörterungen über die von der Volkspartei vorgelegte Denkschrift bezüglich der „sachlichen und persönlichen Garantien". In der Denkschrift wird u. a. verlangt, daß die durch die Zwangsanleihe eingehenden Mittel für die sogenannten werbenden Betriebe des Reiches keine Verwendung finden dürfen. Insbesondere sollen sich Post und Eisenbahn in Zukunft selbst erhalten. Weiterhin wünscht die Volkspartei, daß die Mittel aus der Zwangsanleihe nicht zum Aufkauf von Devisen gebraucht werden. Der einzige „Verwendungszweck" für die einmal fließenden Mittel soll sein: „daß mit ihnen die im Inland aus dem Friedensvertrag usw. abzudeckenden Verbindlichkeiten (ein Teil der Besatzungskosten sowie vor allem die Entschädigung deutscher Lieferanten für Sachleistungen) bezahlt werden." Außerdem werden Forderungen verwaltungstechnischer Art aufgestellt.

Die Frage der Vereinfachung der Reichsverwaltung und ihre Verbilligung soll unverbindlich geregelt werden. Dazu sei erforderlich, daß diese Frage nicht als Nebenaufgabe in einem Ministerium behandelt wird, sondern man sie als Hauptaufgabe in die Hände eines Organs legt, das sich ihr ausschließlich widmet und dessen Spitze nicht nur die volle Verantwortung für die Arbeit trägt, sondern auch schon durch seine äußere Stellung die nötige Stärke besitzt, um sich den Ressorts gegenüber kraftvoll durchzusetzen. Es wird vorgeschlagen, eine besondere Persönlichkeit mit der Aufgabe zu betrauen und dieser Persönlichkeit eine kleine Kommission besonders ausgewählter Sachverständiger zur Mitarbeit zu unterstellen. In bezug auf die Wahl des Sparkommissars wird eine politisch unbelastete Persönlichkeit gefordert, die in der Reichs- und Staatsverwaltung praktisch durchaus erfahren ist. Eisenbahn und Post sollen durch den sogenannten „Vereinfachungs- und Verbilligungskommissars" entpolitisiert, rein wirtschaftlich behandelt und unter dem Gesichtspunkt gesunder Geschäftsgebarung gestellt werden. Gewünscht wird ferner, daß die Stellung des Reichsfinanzministers erheblich verstärkt und den Finanzministern der Bundesstaaten ein unbedingtes Einspruchsrecht gegen erhebliche Neubelastungen des Reiches gewährt wird.

Soweit rein wirtschaftliche Forderungen in Frage kommen, verlangt die Volkspartei, daß die Zwangswirtschaft für die Gütererzeugung wie für den Güterabsatz im In- und Auslande und insbesondere auch in bezug auf die Preisbildung nach und nach abgebaut wird. Neue Maßnahmen, die die deutsche Wirtschaft belasten, sollen in allergrößter Vorsicht auf ihre Wirkung in der Richtung der Möglichkeit einer Hemmung oder Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft geprüft werden. Insbesondere wird die Forderung aufgestellt, daß über wirtschaftliche Verpflichtungen, die wir gegenüber den Ententestaaten übernehmen, nicht die Regierung allein entscheidet, sondern sowohl die berufenen Wirtschaftsvertretungen wie auch die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes gehört werden und man sich über berechtigte Wünsche, die dabei zum Ausdruck kommen, nicht hinwegsetzt.

In dieser Denkschrift wird also weder die große Koalition zur Bedingung gemacht, noch werden Forderungen derart gestellt, wie sie die volksparteiliche Presse seit Wochen angekündigt hat. Die Vertreter der Parteien waren deshalb bei Kenntnisnahme der Denkschrift nicht unangenehm enttäuscht. Sowohl der Vertreter der Demokraten wie der Vertreter des Zentrums brachten zum Ausdruck, daß sie die Bedingungen der Volkspartei als gefahrdrohender vermutet haben. Genosse Hermann Müller führte aus, daß man sich mit der Tendenz der Denkschrift, allgemein zu sparen, wohl einverstanden erklären könne. In bezug auf den geforderten Abbau der Zwangswirtschaft äußerte Müller, daß auch die Sozialdemokratie nicht an der Zwangswirtschaft festhalte, daß man aber an einen radikalen Uebergang zur freien Wirtschaft nicht denken könne. Mit der Einsetzung eines Sparkommissars erklärten sich die sozialdemokratischen Vertreter einverstanden, wiesen aber gleichzeitig auf gewisse Bedenken hin, die dem gegenüberstehen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte sich mit den Grundzügen der Denkschrift einverstanden. Er betrachte die Forderungen der Volkspartei als Richtlinien, über deren Einzelheiten in einer Kommission noch Beratungen geführt werden müßten. Soweit die Forderungen auf Aenderung der Wirtschaftspolitik hinauslaufen, wäre es notwendig, daß die Parteien ihre besten Wirtschaftskenner in eine Kommission delegieren, damit eine eingehende Prüfung aller Wirtschaftsfragen vorgenommen werden kann. Mit besonderem Nachdruck betonte der Kanzler, daß die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide allgemein ernsten Besorgnissen begegnet. Es sei unverkennbar, daß die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte weit über die Steigerungen für industrielle Erzeugnisse hinausgehen. Ein starker Unwille sei deshalb nicht nur in den Kreisen der Arbeiter und mittleren Beamten, sondern auch im starken Maße bei den höheren Beamten vorhanden. (Besonders diese Auffassung wurde von den sozialdemokratischen Vertretern stark unterstrichen.) Wirth hielt es für notwendig, daß in naher Zeit die Parteien zu dieser Frage Stellung nehmen. Zum Schluß sprach der Kanzler die Ansicht aus, daß sich durch die Aussprache der vier bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie die Bereitwilligkeit zur Durchführung des Steuerkompromisses ergeben habe, und daß er nunmehr darangehen könne, das Finanzministerium endgültig zu besetzen.

Anschließend an die interfraktionellen Besprechungen, gegen 8 Uhr abends, trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um sich mit dem Ergebnis der interfraktionellen Beratungen zu beschäftigen. Die Fraktion billigte die von ihren Vertretern während der interfraktionellen Besprechungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung.

Richtlinien für die Zwangsanleihe

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. März. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit: **Am Donnerstag nachmittag waren Vertreter sämtlicher gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom Reichsfinanzministerium geladen, um sich über die Durchführung der Zwangsanleihe zu äußern. In der Sitzung, die vom Staatssekretär Schröder geleitet wurde, machten die Regierungsvertreter Mitteilung über die vom Reichsfinanzministerium geplanten und durch die Presse bereits mitgeteilten Ausführungsbestimmungen. Die Regierungsvertreter betonten ausdrücklich, daß es sich um ganz unverbindliche Vorschläge handle und endgültige Pläne noch nicht bestehen. Für die freien Gewerkschaften sprach Genosse Tarnow, dessen Ausführungen in der Hauptsache etwa folgendes besagen:**

Die Zwangsanleihe muß so durchgeführt werden, daß sie ein sichtbares und erhebliches Opfer des Besitzes bedeutet, um einen Ausgleich für die einseitig schwere Steuerbelastung der breiten Massen herbeizuführen. Die Veranlagung muß sofort erfolgen. Sie darf nicht nach dem Reichsnotopfer vorgenommen werden, weil inzwischen wesentliche Vermögensverschiebungen stattgefunden haben und weil der Sachbesitz ganz unzulänglich bewertet würde. Deshalb muß neu veranlagt werden unter Heranziehung des Sachbesitzes nach dem gemeinen Wert. Wenn die Veranlagung von den Finanzämtern nicht früher als nach dem Vermögensstand vom Jahresschluß 1922 durchgeführt werden kann, muß die fragliche Aufbringung durch entsprechende Vorzahlungen gesichert werden. Die Vorzahlungen dürfen nicht lediglich auf Selbsteinschätzung beruhen, vielmehr sind Vermögensleistungen festzusetzen, wonach in Land- und Forstwirtschaft je Hektar Anbaufläche, in Gewerbe und Industrie je beschäftigtem Arbeiter ein bestimmter Betrag in Goldmark gezahlt werden muß.

Um die Spekulation und weitere Markentwertung durch Hinausschiebung der Einschätzung zu verhindern, genügen die geplanten Maßnahmen — ein fünfprozentiger Diskont bei baldiger, 50 Prozent Strafverzinsung bei verspäteter Einzahlung — nicht, da möglicherweise trotzdem bei verspäteter Einzahlung noch ein Gewinn für den Anleihepflichtigen übrig sei. Es werde sich deshalb empfehlen, die Veranlagung in Goldmark und bei der Einhebung in Papiermark eine Umrechnung nach dem jeweiligen Kurs vorzunehmen. Um den Anreiz für beschleunigte Einzahlung zu erhöhen, könnte bis zu einem bestimmten Termin der durchschnittliche Tageskurs des der Zahlung vorhergehenden Monats oder Vierteljahres zugrunde gelegt werden. Die Verzinsung nach Ablauf der drei zinslosen Jahre darf nicht über 300 Prozent betragen. Eine allgemeine Pflicht des Reiches zur Beleihung der Anleihen darf nicht festgelegt werden. Der ganze Zweck der Anleihe wäre verfehlt, wenn das auf der einen Seite eingezahlte, auf der andern Seite wieder an die Anleihezeichner zurückgegeben werden müßte. Die Lombardierung werde sich deshalb auf Ausnahmefälle beschränken.

Die weitere Aussprache ergab weitestgehende Uebereinstimmung zwischen den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften im Sinne der Ausführungen Tarnows.

Grupen zieht ein Opfer nach

Hirschberg, 10. März. Der Gefängnisdirektor Schenke, der dem Doppelmörder Grupen im Gefängnis allerei Gefälligkeiten erwiesen hatte und im dringenden Verdacht steht, Helfershelfer bei der Flucht Grupens gewesen zu sein, hat sich, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden war, heute erschossen.

Hermes zum Reichsfinanzminister ernannt

Eigene Drahtmeldung

rs. **Berlin, 10. März. Soeben wird uns mitgeteilt, daß der Reichspräsident den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, unter Entbindung von der Führung des Reichsernährungsministeriums zum Reichsfinanzminister ernannt hat.**

Dr. Hermes hat, wie bekannt, als bisheriger Ernährungsminister das Reichsfinanzministerium bloß provisorisch geleitet.

Die billigen Weine des Herrn Hermes

Wie das W. T. B. mitteilt, hat Hermes gegen die Freiheit wegen Verleumdung Strafantrag gestellt. Auf die an ihn gerichteten Fragen hat er überhaupt nicht geantwortet. Die Freiheit nimmt die Verweigerung der Antwort als eine Bestätigung ihrer Behauptungen und stellt fest:

1. Hermes hat Wein zu Ausnahmepreisen bezogen, und zwar von einem Verband, der dienstlich von ihm abhängig ist.

2. Er hat dafür Gegenleistungen gewährt.

3. Er hat für die Flasche Wein oder Sekt, die zu den besten Sorten gehören, die sich im Handel befinden, drei deutsche Papiermark gezahlt.

4. Er hat gewußt, daß es sich dabei um einen Bestechungspreis gehandelt hat, und hat trotzdem die Weine in Empfang genommen.

Gleichzeitig veröffentlicht die Freiheit als Beweis für ihre Anklage folgendes Schreiben des Winzerverbandes:

Winzerverband für Mosel,
Saar und Ruwer.
E. V. Trier.

Trier den 10. 2. 21.

Herrn
Regierungsrat Jaffee
Berlin W 8,
Mohrenstr. 11/12,
Ministerbureau.

Wir bestätigen unser Telegramm von heute:

Selbstverständlich bereit. Erbitten Versandadresse und sind bereit [illegible] folgenden Restbestände:

25 Fl. 1915er Schwarzhofberger Kreszenz J. A. Koch, Wittingen,
25 Fl. Geringer Vogelsang, Kreszenz J. A. Wagner, Schloß Saarfels,
25 Fl. Grünhäuser Auslese, Kreszenz Generalleutnant von Schubert,
25 Fl. Kreszenz, Freiherr von Schorlemer,
10 Fl. Saarriesling-Sekt

an die vom Herrn Minister anzugebende Adresse sofort abzusenden.

Der Preis beträgt pro Flasche 3 Mark.

Kiste und Flaschen erbitten wir frankiert an uns zurück.

Wir wollten gelegentlich der Reise des Herrn Ministers nach Trier ihm persönlich unsre Offerte machen, was leider zu unserm Bedauern nicht geschehen konnte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
gez. R. Faust.

Die Anklagen der Freiheit werden durch den Vorwärts ergänzt, der behauptet, der Minister habe als **Gegenleistung für die billigen Weine** dem Trierer Winzerverbande **8000 Zentner Zucker zugewiesen**, obwohl die Reichszuckerstelle diese Zuweisung nicht für erforderlich hielt und Gesuche ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt wurden. Auch sei entgegen der bisherigen Praxis Preußens Mitbestimmungsrecht ausgeschaltet worden.

Faule Ausreden

Die neueste Korruptionsaffäre des Ministers Hermes — es ist die vierte oder fünfte, wie mans zählen will — bereitet den Parteifreunden des Dr. Hermes, der Täglichen Rundschau, der Deutschen Tageszeitung und der Zeit schwere Sorgen. Was ist denn auch weiter dabei, wenn der Ernährungsminister Edelweine bekannter Kreszenz einschließlich Steuer zu 8 M. die Flasche bezieht? Solchen Liebesgaben von Bewunderern könne sich einmal ein Minister nicht entziehen. Immerhin eine neue und schöne Theorie! Aber diese faulen Ausreden erledigen sich durch die einfachen Gegenfragen: Hat der Triersche Winzerverein auch andern Ministern, die er bewundert, seine billigen Weinofferten gemacht? Hat der Winzerverein Sekt, auf dem 12 M. Steuer liegt, auch andern von ihm bewunderten Politikern für 8 M. die Flasche geliefert? Er hat sie nur dem Minister geliefert, zu dessen Amtsbereich auch die Fragen des Weinbaues gehörten. Damit ist der Straffall der Amtsbestechung erwiesen, und es scheidet für den vorliegenden Straftatbestand zunächst vollkommen aus, welche Gegenleistungen Herr Hermes geboten hat. Auch ohne Pflichtwidrigkeit seinerseits wäre die Annahme dieser 5000 M. Bestechungsgeld in Form von Wein — soviel ist nachgewiesen — ein Delikt, das den Staatsanwalt angeht.

Herr Hermes klagt. Aber diesmal wird ihm seine edle Dreistigkeit kaum noch durchhelfen. In den früheren Fällen lag die Korruption ebenso klar zutage. War aber leider nicht ebenso schlüssig nachzuweisen. Jetzt hängt der Fuchs im Eisen.

Der Fragebogen an die Gewerkschaften

Die S. K. schreibt zu den Enthüllungen der Freiheit:

Es handelt sich um einen ganz augenscheinlichen Fall von Amtsmißbrauch, Bestechlichkeit und Korruption, so plump und so offen, wie ihn sich eben nur der Dr. Hermes leistet.

Aber eigentlich ist für ihn noch nicht so charakteristisch, daß er diesem Winzerverband bestimmte Belieferungsvorteile zuwendet und sich dafür mit billigem Wein schmieren ließ — die Bestell-

Briefe und Bestätigungsschreiben liegen vor —, noch viel charakteristischer ist die dummdreiste Art, in der Herr Hermes sich einen Alibibeweis verschaffte, als die Sache ruchbar wurde. Alsbald nämlich setzte er sich hin und fragte beim Trierschen Winzerverein an, ob denn der Preis von 3 M. auch angemessen wäre. Natürlich bestätigte der Winzerverein, es handelte sich um alte Weine, die besonders billig wären — der Witz ist köstlich. Es wird sich empfehlen, wenn Partei und Gewerkschaften vor diesem Ehrenmann auf der Hut sind. Herr Dr. Hermes als vorläufiger Verwalter des Finanzministeriums hat an die Gewerkschaften, deren Mitarbeit in der Steuerfrage er natürlich sehr hoch einschätzt, einen Fragebogen über die Erhebung der Zwangsanleihe geschickt. Der Fragebogen ist sofort, streng vertraulich wie er war, in der deutschnationalen Presse veröffentlicht worden, mit hämischen Glossen darüber, daß die Gewerkschaften auf diese Fragen wohl keine Antwort wissen würden. Das Maul aufreißen, Demagogie treiben und wilde Forderungen stellen — das könnten die Sozialdemokraten; aber auf praktische Fragen praktische Antworten zu geben, dazu wären sie gänzlich außerstande. Nicht der mindeste Zweifel, daß ein solch plumper Angriff auf die Sozialdemokratie den Ideen des Herrn Dr. Hermes in jeder Weise widerspricht.

Aber trotzdem bleibt es dabei, daß die Fragen des Herrn Hermes an die Gewerkschaften genau so heimtückisch und verführerisch sind, wie seine Frage an den Trierer Winzerverein. Herr Hermes möchte von den Gewerkschaften wissen, ob es sich empfehle, die Einziehung der Zwangsanleihe durch Selbsteinschätzung zu fördern; ob der Termin des 31. Dezember 1922 ein guter Stichtag sei; ob man für die Vorauszahlung der Zwangsanleihe eine Prämie geben könne und wie hoch diese etwa sein dürfe; ob man für verspätete Zahlungen einen Zuschlag festsetzen könne usw.

Das ganze System Hermes der Zwangsanleihe und seine krummen Fragen laufen auf nichts andres hinaus, als auf die Organisation einer neuen großen Steuersabotage.

Die Beschuldigungen gegen Hermes

Berlin, 10. März. Im Zusammenhang mit den neuen Beschuldigungen gegen den Minister Dr. Hermes scheint es auch zu bestehen, wenn jetzt von unabhängig-sozialdemokratischer Seite im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, dessen Verhandlungen bereits abgeschlossen schienen, neuerdings Anträge auf Zeugenvernehmungen und verschiedene Erörterungen in Sachen des Dienstautos und der übrigen Angelegenheiten gestellt wurden. Es ist weiterhin damit zu rechnen, daß in der nächsten Sitzung des Ausschusses von unabhängiger Seite der Antrag gestellt wird, die Untersuchung auch auf die neuen Beschuldigungen hinsichtlich des Weinkaufes auszudehnen.

Der gescheiterte Rechtsblock

Die Ablehnung einer Koalition mit den Deutschnationalen seitens der bayerischen Demokraten hat natürlich eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Bayerns hinausreicht. Ist doch dadurch verhindert worden, den Kurs der bayerischen Regierung noch weiter nach rechts umzulenken in das Fahrwasser einer neuen Kahr-Periode und damit in einen neuen, verschärften Gegensatz zum Deutschen Reich.

Die Wut der Rechtspresse — in Bayern wie im Reich — über die nicht zustande gekommene Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie richtet sich in erster Linie gegen das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, welche die bayerischen Demokraten zum Umfallen gebracht haben sollen. Die bayerische Sozialdemokratie hätte mit Ruhe der Auferstehung des Kahrschen Regimes entgegensehen können. Selbst in Bayern hätte das Wiederaufleben der Aera des Klassenhasses dem Volke über kurz oder lang die Augen geöffnet. Das Ende dieses Regimes wäre zweifellos eine außerordentliche Stärkung der Sozialdemokratie in Bayern geworden. Im Interesse des Reiches aber verzichtete sie gerne auf diese Prüfungszeit.

Die Tagung von Frankfurt

Von einem unsrer Leser wird uns geschrieben:

Die Konferenz von Frankfurt a. M. erregte nicht nur das Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch des Bürgertums. In der Dienstagmorgenausgabe beschäftigt sich unter obiger Ueberschrift der Dresdner Anzeiger mit dieser Zusammenkunft sozialistischer Parteien und betont dabei, daß wohl bald eine Vereinigung des Proletariats zustande kommen würde. Das Blatt sagt, daß Levi mit seinem Anhang bei der U. S. P. aufgenommen sei, und nun auch Breitscheid mit seinen 12 Anhängern zur S. P. D. übertreten werde. Für die Rechtsparteien bedeute ein geeintes Proletariat eine große Gefahr, noch dazu, wenn sich die Arbeiterheere international wieder zusammenfinden sollten.

Im weiteren beschäftigt sich der Artikel mit der in Frankfurt gefaßten Reparations-Resolution. Der Anzeiger bringt darüber zwar die Ausführungen Levis, daß der Kapitalismus aller Länder am Kriege Schuld trage und somit auch gleichmäßig verantwortlich und entschädigungspflichtig sei. Was aber Levi weiter sagt, verschweigt das Blatt seinen Lesern, daß nämlich der internationale Kapitalismus allein nicht imstande sei, die Kriegsschäden und seine weiteren Folgen wieder gutzumachen.

Man sieht hieraus, wie die bürgerliche Presse es versteht, aus den Ausführungen radikaler Leute Wasser zu schöpfen und auf ihre Revanchemühlen zu gießen. Ganz besonders aber hat es unser Genosse Wels dem Dr. Anz. angetan, weil unser Parteiführer unumwunden ausgesprochen hat, daß die Besetzung Belgiens ein Neutralitätsbruch und die Zerstörung Nordfrankreichs über das unbedingt nötige Maß hinaus betrieben worden seien. Der Anzeiger meint, das sei schwer schädigend für die deutsche Arbeiterschaft. Doch unser Genosse hat nur ehrlich ausgesprochen, was ist. Und das kann das deutsche Proletariat nicht schädigen. Was uns schädigt, das sind die Machenschaften der Revancheprediger, die Orgesch und andre geheime Organisationen, wie das Verbergen von Waffen. Warum führt dies der Anzeiger nicht an?

Weiter ist der Anzeiger gar nicht damit einverstanden, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre Kontrolle über die Abrüstung in Deutschland durch die Berufsorganisationen weiter ausdehnen will. Woher die Berufsorganisationen das Recht nähmen zu einer solchen Kontrolle? Nun, aus der Tatsache, für die wir zahlreiche Beweise haben, daß die Regierung nicht in der Lage ist, alle Geheimorganisationen der Rechtsbolschewisten zu entdecken und aufzuheben. Zur Ausübung einer derartigen Kontrolle sind die Arbeiter auch deswegen berechtigt, weil ja sie es sind, die ihre Haut zu Markte tragen müssen, wenn das Pulverfaß zur Explosion kommt.

Der Schutzengel der Erzberger-Mörder

Berlin, 9. März. Dr. Alfons Steiger, der bekannte Zentrumspolitiker, hat an den Polizeipräsidenten von Budapest Dr. Henneths erneut einen offenen Brief gerichtet, in dem er eingangs betont, daß Henneths Schweigen auf seine präzisen Anfragen vom 21. Februar d. J. nunmehr den Schluß zuläßt, daß

1. die Polizei in Budapest den wochenlangen Aufenthalt der Erzberger-Mörder in Budapest gekannt hat;

2. die Polizei auch von dem Umzug der Mörder nach Ofen Kenntnis hatte;

3. wirklich die Mordwaffe noch im Besitz der Mörder war;

4. die Budapester Polizei bei der Verhaftung selbst mitwirkte;

5. die Mörder neue falsche Pässe mit Henneths Unterschrift erhielten und

6. ein deutscher Beamter, der an der Verhaftung tätigen Anteil hatte, aus Ungarn ausgewiesen worden ist.

Weiter wird zum Ausdruck gebracht, daß das durch einen nicht ganz klaren Kanal hinausgegangene Dementi, nach dem die in Deutschland verbreiteten Nachrichten auf bolschewistische Quellen zurückzuführen seien, als unwahr erklärt wird. Dr. Steiger fordert schließlich den Budapester Polizeipräsidenten auf, ihn als Zeugen vor der Staatsanwaltschaft in Offenburg der Unwahrheit zu zeihen. Der Brief schließt: Sie wissen nicht, Herr Polizeipräsident, wie es mich schmerzt, Sie so erbärmlich bloßzustellen und Sie als Helfershelfern von Mördern vor aller Welt bezeichnen zu müssen.

Amerika kommt nicht?

Die Agence Havas meldet aus Neuyork: Die Vereinigten Staaten haben die Teilnahme an der Genueser Konferenz abgelehnt.

Als Gründe dafür werden angegeben einmal, weil „bestimmte Fragen von dem Programm der Wirtschaftskonferenz ausgeschlossen wurden, ohne deren Behandlung und Regelung die Ursachen der wirtschaftlichen Störungen in Europa nicht beseitigt werden können".

Und dann, weil Amerika sich nicht an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas beteiligen könne, solange dieses seine Militärstreitkräfte nicht herabgesetzt habe.

Nach Meldungen aus Paris hat die Ablehnung dort wie eine Bombe eingeschlagen.

In Italien dagegen hält man die Havas-Meldung für ein französisches Schwindelmanöver.

Mailand, 10. März. Zu der Havas-Meldung, daß die Vereinigten Staaten eine Teilnahme an der Konferenz von Genua ablehnen, teilt die italienische Presse auf Grund von Informationen beim italienischen Auswärtigen Amt mit, daß diese Nachricht unbegründet sei. Auf jeden Fall sei sie verfrüht. Der Agentur Volta zufolge soll die Stimmung sowohl in Finanz- wie in Wirtschaftskreisen als auch in den politischen Kreisen für eine Beteiligung Amerikas an der Konferenz im Wachsen begriffen sein. Ueber die ganze Angelegenheit würden noch Verhandlungen im Weißen Hause gepflogen. Der Avanti bezeichnet das Gerücht von einer Nichtteilnahme Amerikas als eines jener Manöver zur Mißkreditierung der Konferenz von Genua, deren Fäden alle im Quai d'Orsay zusammenliefen.

Die Lage in Polen

Warschau, 8. März. Die politische Lage in Polen ist noch immer ungeklärt. Die Verhandlungen des Sejmmarschalls Trampczynski mit der Wilnaer Delegation blieben ergebnislos. Auch bei der Bildung eines neuen Kabinetts stößt man auf unerwartete Schwierigkeiten. Die Gerüchte von einem Kabinett Witos müssen bloß insofern unwahrscheinlich erscheinen, als Witos lediglich auf eine Zufallsmehrheit im Sejm angewiesen wäre. Als Nachfolger Ponikowskis werden in erster Linie der frühere Vorsitzende des Ministerrats, Skulski, ferner der polnische Generalkommissar in Danzig, Plucinski, und der bisherige Postminister Steslowicz genannt. Plucinski hat inzwischen schon erklärt, daß er auf jeden Fall ablehne.

Die Personalpolitik im Reichsministerium

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte am Freitag die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort.

Minister Dr. Köster versuchte, die geäußerten Zweifel an den sachlichen Beweggründen seiner Personalpolitik zu zerstreuen. Nach parteipolitischen Gesichtspunkten sei niemals gehandelt worden. Der Minister stellte fest, daß die Aussprache zwischen ihm und dem ehemaligen Staatssekretär Lewald sich in durchaus verbindlichen Formen abgespielt habe und daß der Entschluß, ohne ihn zu arbeiten, sofort dem Reichskanzler übermittelt wurde. Die Gegensätze zwischen Reichsrat und Reichsministerium hätten vielfach ihren Grund in gewissen Strömungen im Reichsrat, die Weimarer Verfassung rückwärts zu revidieren. Ferner betonte der Minister, daß keine Stelle im Reichsamt des Innern mit den Vorwürfen in Berührung gebracht werden könne, die im bayerischen Landtag vorgebracht wurden. Der preußische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung erhalte vom Reiche keine Mittel.

Staatssekretär Schulz erklärte, daß die Möglichkeit einer gesetzlichen Bekämpfung von Schund und Schmutz zur Zeit dem Reichsjustizministerium zur Stellungnahme vorliege. Außerdem geschehe diese Bekämpfung durch moralische und finanzielle Unterstützung von Volksbildungsverbänden.

Abg. Stücklen (Soz.) führte aus, daß es dem Minister unbenommen sein müsse, nach seinem eigenen Ermessen die Wahl der Mitarbeiter zu treffen, da er sonst nicht die Verantwortung tragen könne.

Ausland

England

Lloyd George auf Krankheitsurlaub

London, 7. März. Lloyd George, der seit längerer Zeit an Bronchialkatarrh leidet, wird auf Anraten seines Arztes Urlaub auf unbestimmte Zeit nehmen. Der Urlaubsantritt soll bereits am Mittwoch erfolgen.

Erlös der verkauften deutschen Schiffe

London, 8. März. Von seiten der Regierung wurde mitgeteilt, daß der durch den Verkauf der deutschen Schiffe erzielte Betrag 20067912 Pfund Sterling betrage, von denen 5869086 Pfd. Sterling bezahlt worden seien. Der Restbetrag werde größtenteils innerhalb zwei Jahren bezahlt werden.

Für das Frauenwahlrecht

London, 9. März. Mit 295 gegen 62 Stimmen hat das Unterhaus den Antrag angenommen, wonach die Regierung um ein Gesetz ersucht wird, das die bestehenden Einschränkungen abschafft und das Wahlrecht auf Frauen zu denselben Bedingungen wie das der Männer ausdehnt. Der Entwurf geht jetzt ans Oberhaus. Er verläßt das Unterhaus in seiner ursprünglichen Form, außer gewissen Verbesserungen, die von der Regierung eingefügt waren und bemerkenswert auch außer denjenigen Anträgen, die durch den Beschluß der Sinnfeier, die allgemeine Wahl in Südirland zu vertagen, notwendig gemacht wurden.

Kronprinzenreise nach Japan

London, 9. März. Japan rüstet sich auf den Besuch des englischen Kronprinzen. Der Prinz trifft am 12. April in Tokio ein.

Leben • Wissen • Kunst

Ein Weltrevolutionär

Die Weltrevolution ist nicht erst eine Erfindung jüngster Schwarmgeister, sie spukte schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den Köpfen einiger Phantasten, um aber damals kaum mehr als nur einige Verwirrung anzurichten. Ist heute der Herd das weite Rußland, so war es damals das enge zerrissene Italien. An dem gleichen Fanatismus mangelte es nicht und wie heute von einem großen und geeinten revolutionären Rußland, so sollte damals die Weltrevolution von dem geeinten Italien aus die Welt erlösen.

Auf dem Rücken des italienischen Volkes hatten die konkurrierenden Fürstlichkeiten ihre Herrschergelüste ausgetobt, und so fand der Ruf nach einer einheitlichen italienischen Republik einen nahrhaften Boden. Eine geheime Gesellschaft hatte es im Jahre 1820 sogar auf 600 000 Anhänger gebracht, und es gelang dieser Masse auch, die Republik zu proklamieren. Doch die sich früher befehdenden Fürsten verbanden sich in der Verbannung und mit Hilfe der Oesterreicher konnten sie sich nach kurzer Zeit wieder als angestammte Landesväter einsetzen. Die einmal entzündete Bewegung aber erlosch nicht mehr. In dem jungen, 1805 zu Genua geborenen Giuseppe Mazzini, einem Advokaten, fand sie ihren rührigsten Vertreter. Als Mitarbeiter revolutionärer Zeitungen, die dem Verbot anheimfielen, hatte er sich hinreichend verdächtig gemacht. Nach einigen Monaten Kerker wurde Mazzini 1830 des Landes verwiesen; er ließ sich in Marseille nieder, wo er den Bund „Das junge Italien" gründete. Später ging er nach Genf, wo er unter den Flüchtlingen aus allen Ländern einen besseren Boden zu finden hoffte und mit ihnen den Bund „Das junge Europa" schuf. Damit stellte er sich wohl als der Führer der gesamten revolutionären Bewegung in Europa auf, aber die ganze Gründung blieb nur ein Versuch.

Am 15. April 1834 wurden in Genf die Verbrüderungsakte aufgesetzt, die die bereits bestehenden Bünde, das Junge Deutschland, das aber nichts gemein hatte mit dem literarischen jungen Deutschland, das Junge Polen und das Junge Italien, zu dem Jungen Europa vereinte. In der Verbannung zur Untätigkeit verurteilt, glaubten die Flüchtlinge, von hier aus die revolutionäre Bewegung weitertreiben zu können. „Freiheit, Gleichheit und Humanität" wurden als Wahlspruch gewählt. Das Zentralkomitee setzte sich aus Vertretern aller angeschlossenen Nationen zusammen. Zu den Gründern trat bald noch ein Junges Frankreich und ein Junges Belgien. Aber zu besonderen Aktionen kam es kaum, und hätte die plumpe Polizeifaust nicht so grausam eingegriffen, es wäre kaum mehr von den weltstürzenden Ideen bekannt geworden. Die beunruhigten Polizeigewaltigen aller Länder verlangten von der Schweiz entschiedene Maßnahmen der Unterdrückung, die Schweiz verfügte eine ganze Reihe von Ausweisungen und das Junge Europa war gesprengt, ehe überhaupt von seiner Tätigkeit etwas zu verspüren war. Von den einzelnen Gruppen erlangte nur die italienische unter der rührigen Leitung Mazzinis eine gewisse Bedeutung. Seine in Genf erscheinende Zeitschrift fand in ganz Italien eine für damalige Zeiten große Verbreitung. Daneben entfaltete noch die deutsche, aus deutschen Flüchtlingen bestehende Gruppe, eine gewisse Rührigkeit. Sie verlegte nach den erfolgten Ausweisungen ihren Sitz nach London, wo sie sich aber bald völlig verlor. Denn jetzt meldeten sich in Deutschland schon andre Kräfte, die frei von den Schwächen der Schwarmgeister sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt waren und für den unbändigen Freiheitsdrang die richtige Grundlage fanden. Mehrere Versuche in den 40er und 50er Jahren, auf Schweizer Boden mit dem alten Namen, dem noch ein gewisser Glanz anhaftete, politische Geschäfte zu machen, mißlangen kläglich und führten nur zu erneuten Ausweisungen junger Arbeiter, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu zeitigen.

Mazzini aber arbeitete mit allen Kampfmitteln der Weltrevolution von heute mit Geheimorganisationen, Verschwörungen, politischen Attentaten, Putschen. Nach zwei mißglückten Einfällen in Genua und Savoyen, die er von Genf aus leitete, wurde er 1834 in Sardinien in contumaciam zum Tode verurteilt und von der Schweiz ausgewiesen. In London setzte er seine Tätigkeit fort, bis der vorübergehende Erfolg des Jahres 1845 ihn nach Italien zurückkehren ließ. Er wurde zum Abgeordneten gewählt und suchte die Verbindung mit der Republik Rom herzustellen. Hier wurde er mit andern zum Diktator ernannt, als die Stadt von den Franzosen bedrängt wurde. Nach dem Fall der ewigen Stadt mußte er flüchten, und wieder in London gründete er das Europäische Komitee, zu dem auch der Heidelberger Ruge gehörte. Mit einer Weltanleihe unter den Radikalen aller Länder suchte er das Revolutionsschiff wieder flott zu machen und neue Aktionen einzuleiten. Im Jahre 1853 brachte er noch einen Putsch in Mailand und 1857 einen in Genua fertig, die aber beide kläglich scheiterten. Er hielt sich jetzt an Garibaldi, auf den er einzuwirken suchte, um seine Pläne gegen Rom und Venedig auszuführen. Von Messina zum Abgeordneten gewählt, lehnte er wegen seiner republikanischen Gesinnung das Mandat ab, als es endlich bei der dritten Wahl bestätigt wurde. Erst kurz vor seinem Tode kehrte er nach Italien zurück und starb in Pisa am 10. März 1872.

Was ihm in seinem Leben nie geschehen, ereignete sich jetzt. Die Presse feierte seine Verdienste um Italien. In Genua wurde er unter großen Feierlichkeiten bestattet und ihm zehn Jahre später sogar ein Denkmal gesetzt. Lange Zeit ein Schrecken der Polizei, war er jetzt ein großer Mann. Und doch war er nicht mehr denn ein Schwarmgeist, der mit einem Handstreich und einem Manifest der Weltgeschichte ihren Gang vorschreiben wollte. Der mit Aufopferung wirkte und mit Zähigkeit seinem Ziele anhing, der aber mit unzureichenden und den bedenklichsten Mitteln arbeitete. Der die Macht seiner Ideen für allgewaltig hielt und alle Widerstände nur für gering erachtete. Darum mußte er scheitern und konnte von seiner Lebensarbeit nichts hinterlassen. Was sich von seiner Idee des Jungen Europa als in der Entwicklung liegend erwiesen hat, ist heute lebendig in der Internationale. Seine Schwarmgeisterei und seine Mittel aber sind heute das Werkzeug der modernen Heilsprediger von der Weltrevolution.

Dr. Hans Rohden.

Konzert

Sonaten-Abend. Kurt und Johannes Striegler hatten schon lange versprochen, einmal spanisch zu kommen. Gestern nun an ihrem dritten und letzten Abend, spielten sie eine Es-Dur-Sonate für Klavier und Violine, von Jaime Pahissa, einem in Spanien wohlangesehenen Komponisten. Die Sonate hat mehr Farbe als Zeichnung; aber die nebeneinanderstehenden farbigen Flecke fügen sich dem kundigen Auge zu eigenartigem, heiterem Bilde. Die von Zouloaga oft gemalten Fleckengestalten mit lebhaften Gesten scheinen hier lebendig zu werden. Wenn das Werk nicht in verdientem Maße ansprach, so lag das mit an der Ausführung, der es wohl nicht an Wärme und Kunstfertigkeit fehlte, nicht aber die Grundstimmung — möchte sagen: den Dialekt — traf. Das gelang in Georg Schumanns Cis-Moll-Sonate in vollkommener Weise. Ihre Sprache ist uns aber auch eine ganz vertraute. Die Künstler ernteten mit dem Werke starken Beifall.

P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 11. März. Opernhaus: Deutsche Uraufführung: Die kleine Marat (7). — Schauspielhaus: Sirenelee (7). — Neustädter Schauspielhaus: Simili (7½). — Zentral-Theater: Das Detektivmädel (7½). — Residenz-Theater: Die Königin der Nacht (7½).

Volks-Sinfoniekonzert. Das nächste Volks-Sinfoniekonzert Sonnabend den 11. März (nicht Freitag) im Gewerbehaus unter Edwin Lindners Leitung mit Margarete Witz, Berlin, (Klavier) als Solistin bringt folgendes Programm: Brahms-Sinfonie Nr. 2 D-Dur, Chopin Klavier-Konzert E-Moll und die Tannhäuser-Ouvertüre. Karten bei F. Ries, Goestraße.

Neue Musik. 5. (letztes) Sonntag-Nachmittagskonzert von Paul Aron unter Mitwirkung von Erhard Heyde (Violine) und Adolf Behrens (Cello), im kleinen Saale des Logenhauses, am 12. März (4½). Werke von Debussy, Rasch, Scott.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Rücktritt des Staatssekretärs für Indien

London, 10. März. Der englische Staatssekretär für Indien, Lord Montagu, ist zurückgetreten. Der Rücktritt Montagus erregte in der Presse beträchtliches Aufsehen. Er kommt besonders augenblicklich recht ungelegen, da man vor der Konferenz steht, auf der die Ansprüche der Türken und Mohammedaner geprüft werden sollen.

London, 9. März. Infolge der Veröffentlichung der Depesche der englischen Regierung, in der nachdrücklich eine Befriedigung der türkischen Wünsche auf der Konferenz über den nahen Osten gefordert wird, gab Chamberlain im Unterhause die Erklärung ab, daß Montagu sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, das angenommen wurde. Chamberlain teilte ferner mit, daß Montagu die Veröffentlichung der Depesche genehmigt habe, ohne irgend einen seiner Kollegen zu befragen, und betonte, wie nachteilig die Veröffentlichung am Vorabend der Konferenz gewesen sei.

Aufmarsch gegen Fiume

Der Chicago Tribune wird aus Belgrad gemeldet, daß serbische Truppentransporte an die dalmatische Grenze gegen Fiume erfolgen. Die serbische Regierung bestreitet, kriegerische Absichten zu haben, erklärt aber, daß sie jeden Zoll der serbischen Gebiete schützen wolle. Die serbische Regierung sei auch entschlossen, so lange wie Italien den Status quo von Fiume, d. h. den neutralen Staat von Quarnero, nicht wiederherstelle, eine Beteiligung an der Konferenz von Genua zu verweigern. Im serbischen Parlament sei von den Abgeordneten verlangt worden, daß die italienische Regierung für Fiume effektiven Frieden garantiere, und daß die Italiener den Hafen Usag und das Gebiet von Oberdalmatien räumen, das sie trotz dem Vertrage von Rapallo immer noch besetzt hatten.

Die Regierung erhielt zahlreiche Denkschriften der jugoslawischen Parteien von Fiume, worin sie aufgefordert wird, gegen die Fascisten in Fiume energisch Stellung zu nehmen.

*

Die italienische Regierung hat gestern offiziell mitteilen lassen, daß sie den Vertrag von Rapallo einzuhalten beabsichtige und auf die Fascisten einwirken werde, damit sie das Abenteuer von Fiume so rasch wie möglich liquidieren. Infolge der ablehnenden Haltung der italienischen Regierung haben die Fiumer Fascisten den Abgeordneten Giurati zum italienischen Kommissar für Fiume bestellt. Aber die Kandidatur des rechtsstehenden Abgeordneten wird von der italienischen Regierung nicht gebilligt, da sie mit Rücksicht auf die jugoslawische Regierung keinen Italiener an die Spitze der Fiumer Regierung setzen will. Der Corriere della Sera fordert aus diesem Grunde die nationalen Parteien zur Aufgabe dieses Planes auf. Fiume habe nicht einen Diktator, sondern eine Koalitionsregierung nötig. Auch die italienische Regierung hat die Grenze um Fiume durch Truppen verstärken lassen, angeblich, um ein Uebergreifen der Kämpfe auf Südslawien zu verhindern.

Um die Beschlüsse von Cannes

Paris, 10. März. Die verbündeten Finanzminister haben am Donnerstag abermals zwei Sitzungen abgehalten. Von unterrichteter, nicht französischer Seite, erfährt der Korrespondent der Vossischen Zeitung, daß es am Mittwoch nachmittag und Donnerstag vormittag zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen ist, bei denen nicht nur die Delegierten Englands und Italiens, sondern auch die belgischen Vertreter scharf gegen den französischen Standpunkt Stellung nahmen. Die Verbündeten Frankreichs waren nach ihm der Auffassung, daß die französische Delegation in Cannes bindende Verpflichtungen eingegangen sei und daß die Ansicht des Kabinetts Poincaré, nach der die sogenannten Arrangements in Cannes nur in Aussicht genommen waren und deshalb inkludiert werden könnten, als unhaltbar zu gelten habe.

Die Pariser Abendblätter verbreiten ein ausführliches amtliches Kommuniqué, das sich der überraschendsten Offenheit bedient. In ihm wird zugegeben, daß die Delegierten Englands, Italiens und Belgiens die französischen Ausführungen mit größter Ueberraschung entgegengenommen hätten, weil sie der Ansicht gewesen seien, die Pariser Konferenz sei nur zu endgültigen Abschließungen der Konferenz von Cannes bestimmt. Weiter wird in dem Kommuniqué ausgeführt, die Vertreter Frankreichs auf der Konferenz von Cannes hätten tatsächliche Verpflichtungen übernommen, die für Frankreich in höherem Maße bindend seien, als man bisher angenommen habe. Unter diesen Umständen werde Frankreich Zugeständnisse nur bei einem Entgegenkommen in andern Fragen erhalten können. Es sei zu erwarten, daß die Sitzungen dieser Konferenz zu finanziellen Vereinbarungen führen, die sich den Abmachungen nähern, die in Cannes verabredet wurden.

*

Ein französischer Ueberrumpelungsversuch

Paris, 10. März. Auf der Interalliierten Finanzministerkonferenz, an der einschließlich Amerikas und Japans sämtliche Ententemächte vertreten sind, hat der französische Finanzminister Delasteyrie bei Ueberreichung der einzelnen Delegationsvorschläge eine Denkschrift verlesen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß nach dem französischen Verfassungsrecht jeder Staatsvertrag, der die Staatsfinanzen angeht, dem Parlament vorzulegen ist und daß alle in Spa abgeschlossenen Verträge juristisch wertlos sind, weil sie von der Kammer nicht ratifiziert worden sind.

Ein konservatives Kabinett in Spanien

Madrid, 9. März. Sanchez Guerra hat ein Kabinett gebildet, das sich ausschließlich aus Konservativen, und zwar nur aus solchen der gemäßigten Richtung zusammensetzt. Das Außenministerium übernimmt Fernandez Prida, der schon wiederholt wichtige Posten innehatte. Kriegsminister ist General Olaguer, Marineminister Ordonez. Im übrigen verteilen sich die Portefeuille wie folgt: Justizminister: Bertrann Musitu, Finanzminister: Bergamin, öffentliche Arbeiten: Arguelles, Unterrichtsminister: Silio, Arbeitsminister: Calderon.

Das neue spanische Kabinett wird sich nächsten Dienstag dem Parlament vorstellen und man erwartet im besondern eine direkte Regierungserklärung über die Orientierung der Marokkopolitik.

Deutsches Reich

Ein blutiger Witz

Nachdem die gerichtliche Untersuchung in der Angelegenheit v. Kühne zu dem Ergebnis gekommen ist, daß der Rittergutsbesitzer v. Kühne bei der Erschießung des Arbeiters Rietert in Notwehr handelte, hat Herr v. Kühne gestern gegen den Arbeiter Rietert Strafantrag gestellt.

Das Urteil gegen die Anführer der Erzberger-Demonstrationen in Hannover

Hannover, 10. März. Die schweren Ausschreitungen, die Ende August vorigen Jahres bei den Erzberger-Demonstrationen in Salzhemmendorf, Spiegelberg und Lauenstein stattfanden, beschäftigten gestern die Strafkammer des Landgerichts Hannover. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Demonstrationszüge von Ortsleitungen der S.P.D. organisiert waren, aber in der Hauptsache von jugendlichen kommunistischen Elementen weitergeführt wurden. Das Urteil lautete gegen einen Angeklagten auf achtzehn Monate, zwei auf neun Monate, einen auf sechs, neun auf vier und vier auf drei Monate Gefängnis. Den Angeklagten, die Strafen von drei bis sechs Monaten erhielten, wird eine Bewährungsfrist von drei Jahren bewilligt. Die Angeklagten haben, wie aus der Verhandlung noch hervorging, auf ihrem Zuge sowohl Pfarrer, Bürgermeister wie Landwirte aus ihren Behausungen herausgeholt und schwer mißhandelt.

Französische Postkontrolle in Mainz

Mainz, 9. März. Die französische Besatzungsbehörde hat in Mainz überraschenderweise die Postüberwachung erneut eingeführt und Kontrollstellen bei den Postämtern 1 und 2 eingesetzt.

Aus aller Welt

Eine Windhose in Krefeld

Krefeld, 9. März. Durch den heftigen Sturm stürzte am Mittwoch nachmittag auf der Landstraße von Krefeld nach Oberhausen eine schwere Ulme auf den Hinterteil eines dort stehenden Straßenbahnwagens. Ein Mann und ein Mädchen wurden getötet, eine Frau lebensgefährlich verletzt. In der Zündschnurfabrik Krefeld-Linn wurde der obere Teil eines Schornsteines von 18 Meter Länge vom Sturm heruntergerissen. Zwei Mädchen wurden schwer, mehrere andere leicht verletzt. Auf dem Stahlwerk Becker in Krefeld-Rheinhagen wurden zwei Arbeiter, die im Freien beschäftigt waren, von einer Windhose erfaßt und gegen eine Mauer geschleudert. Sie trugen so schwere Verletzungen davon, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Zwölf Arbeiter verschüttet

Düsseldorf, 9. März. Mittwoch, mittags 12½ Uhr, mußte die Düsseldorfer Feuerwehr nach den Chamotte- und Dinas-Werk bei Erkrath abrücken. Nach telephonischen Angaben waren dort bei einem Mauereinsturz zwölf Arbeiter verschüttet worden. Nach dem Eintreffen der Feuerwehr wurden aus den Trümmern acht Tote, zwei Schwer- und zwei Leichtverwundete geborgen.

Großfeuer im Siemens-Kabelwerk in Spandau

Berlin, 9. März. Mittwoch abend brach in dem in Gartenfelde bei Spandau gelegenen Kabelwerk der Siemens-Schuckert-Werke ein Feuer aus, das die Jutetränke vernichtete. Der Materialschaden ist beträchtlich. Die Löscharbeiten zogen sich bis in die Morgenstunden des Donnerstag hinein.

Schneestürme in England

London, 9. März. Infolge des großen Sturmes, der gestern und heute an der Südküste Englands herrschte, wurde der Kanalverkehr von Dover eingestellt. Aus verschiedenen Teilen des Landes werden schwere Schneestürme gemeldet. Ein britisches Torpedoboot ist bei Birlangap-Newhaven auf den Strand gelaufen.

Neueste Telegramme

Lenin über Genua

Eigene Drahtmeldung

Moskau, 10. März. In Moskau tagt zur Zeit der Kongreß der russischen Metallarbeiter. Lenin benutzte die Gelegenheit, um eine große Rede über die russische Politik zu halten, aus der besonders seine Ausführungen über die Konferenz von Genua von Interesse sind. Lenin sagte: Rußland sei auf die Konferenz eingegangen wie ein Kaufmann. Es soll dort über angemessene politische Bedingungen des Handels mit den kapitalistischen Staaten beraten werden. Die immer größer werdende Zahl der abgeschlossenen Geschäftsverträge beweise, daß Rußland in der Lage sei, Bedingungen zu halten, die es eingehe. Zu den Meldungen, daß man in Genua neue Bedingungen an Rußland stellen werde, führt Lenin aus, daß er Lloyd George sagen werde, Rußland habe keine Angst vor neuen Drohungen.

Vom Devisenmarkt

Eigene Drahtmeldung

rs. **Berlin**, 10. März. Der Devisenmarkt zeigte heute bei sehr ruhigem Geschäft nur sehr geringfügige Schwankungen. Nachdem der Dollar gestern abend mit 247 geschlossen hatte, setzte er heute früh mit 250 bis 251 ein, schwächte sich aber später erneut wieder ab. Dieser Kurs liegt noch immer wesentlich über der Neuyorker Marktparität. Der Rückgang, den die ausländischen Zahlungsmittel im Laufe des Vormittags zu verzeichnen hatten, dürfte damit zusammenhängen, daß das Steuerkompromiß nunmehr gestern endgültig zustande gekommen ist, und daß diese Tatsache eine wesentliche Stütze für die Regierung bedeutet. Die Ostdevisen, die gleichfalls ein sehr stilles Geschäft zeigten, wurden niedriger angeboten.

In der Effektenbörse scheint das Geschäft, das schon in den letzten Tagen sehr gering war, noch weiter zurückgegangen zu sein. Das Publikum zeigt eine starke Zurückhaltung. Allerdings haben auch die Verkäufe des Publikums so gut wie ganz aufgehört und die Aufwärtsbewegung scheint zum Stillstand gekommen zu sein. In der ersten Börsenstunde ist ein Ueberblick sehr schwer, da bei geringem Orderbestand schon wenige Aufträge nach der einen oder andern Seite die Kursbildung entscheidend beeinflussen. Ein stärkeres Interesse gewannen in der ersten Börsenstunde nur Kaliwerte, ebenso machte sich eine neue Nachfrage nach oberschlesischen Werten bemerkbar.

Letzte lokale Nachrichten

Kein Sächsischer Gemeindetag am 11. März

W. S. L. meldet: In der Presse sind wiederholt falsche Angaben über die Einberufung eines Sächsischen Gemeindetages am 11. März in Dresden wiedergegeben worden. Zur Klarstellung des Sachverhaltes sei deshalb hervorgehoben, daß es sich bei der für morgen einberufenen Besprechung über den Entwurf einer neuen Gemeindeverfassung nicht um eine Veranstaltung des Sächsischen Gemeindetages, sondern der Sächsischen Allgemeinen Bürgermeistervereinigung handelt, der nur die Städte mit Revidierter Städteordnung angehören.

Devisenkurse

Berlin, 10. März. (Amtlich.)

		10. 3. Geld	10. 3. Brief	9. 3. Geld	9. 3. Brief
Holland	100 Gulden	9600,85	9619,65	9565,40	9584,60
Dänemark	100 Kronen	5834,65	5845,85	5819,65	5830,85
Schweden	100 Kronen	6628,35	6641,65	6608,35	6621,65
Norwegen	100 Kronen	4605,35	4614,65	4645,35	4654,65
Helsingfors	100 finn. Mark	515,45	516,55	517,45	518,55
Schweiz	100 Frank	4935,05	4944,95	4670,10	4679,90
Wien (deutsch-österr. abgest.)	100 Kronen	3,48	3,52	3,75	3,77
Prag	100 Kronen	417,55	418,45	406,80	407,70
Budapest	100 Kronen	31,96	32,04	32,06	32,14
Spanien	100 Peseten	3878,—	3884,—	[illegible]	[illegible]
Brüssel-Antwerpen	100 Fran.	2182,85	2187,15	2097,90	2102,10
Italien	100 Lire	1286,20	1288,80	1269,70	1271,30
London	1 Pfd. Sterl.	1106,85	1108,65	1096,40	1098,40
Newyork	1 Dollar	253,71	254,29	249,75	250,25
Paris	100 Fran.	2273,70	2277,80	2242,75	2247,25
Buenos Aires	1 Peso	98,77	98,97	[illegible]	[illegible]

[illegible] 5,—.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	8.	9.
Moldau	Budweis	+ 56	+ 56
Moldau	Modran	+ 54	+ 68
Iser	Jungbunzlau	+ 56	+ 60
Eger	Laun	+ 156	+ 126
Elbe	Pardubitz	+ 110	+ 70

	Meßort	8.	9.
Elbe	Brandeis	+ 268	+ [illegible]
Elbe	Melnik	+ 190	+ [illegible]
Elbe	Leitmeritz	+ [illegible]	+ [illegible]
Elbe	Aussig	+ 254	+ 241
Elbe	Dresden	+ 111	+ [illegible]

Für und gegen eine Kartoffelumlage

In der Donnerstags-Verhandlung des Landtages wurde die Frage der Kartoffelversorgung Sachsens durch einen Antrag der Deutschnationalen erneut aufgerollt. Die sächsische Regierung hat bekanntlich energisch beim Reiche das Umlageverfahren verlangt, das die einzige Möglichkeit einer geregelten Kartoffelversorgung und damit gleichzeitig auch einer Unterbindung des Preiswuchers gibt. Da Sachsen nur ein Drittel seines Kartoffelbedarfs zu decken vermag, leidet es ganz besonders unter den preiswucherischen Folgen einer ungeregelten Versorgung. Den Agrariern scheint diese Regelung aber sehr wenig angenehm zu sein, denn nach der Auffassung ihres Interpellanten ist sie geeignet, den Landwirten die Lust am Kartoffelanbau zu nehmen und damit die sächsische Bevölkerung in noch größere Not zu bringen. Die Herren wittern Gefahr, daß die ihnen so verhaßte Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden könnte und verlangen deshalb vom Minister, er möge ihnen schon heute den Preis der Kartoffeln für die Herbsternte angeben, da anders niemand Kartoffeln anbauen würde.

Genosse Fellisch bedeutete dem Begründer der Anfrage, daß er als Landwirtschaftsminister vor allem für die Versorgung mit dem Hauptnahrungsmittel verantwortlich sei und deshalb alles tun müsse, diese Versorgung in geregelte Bahnen zu lenken. Das geschähe auch im Interesse der Landwirtschaft selber. Denn während die sächsische Landwirtschaft zum größten Teile korrekt und unter normalen Preisen abgeliefert habe, sei im Reiche das Gegenteil beobachtet worden zum Schaden der heimischen Landwirte, die noch obendrein die politischen Folgen auf sich nehmen müßten. Im übrigen habe sich bei der Bevölkerung der größte Widerspruch in der Bewertung seiner Maßnahmen geltend gemacht. Als er Höchstpreise festlegte, hätten die Städte das als einen Ruin ihrer Versorgung bezeichnet. Als dagegen in Berlin der Preis der Kartoffeln auf 7 M. für das Pfund gestiegen sei und die Verwaltung daraufhin Höchstpreise festlegte, habe man von ihm erneut verlangt, das auch für Sachsen zu tun. Das würde zur Zeit erst recht die Verhinderung jeder Einfuhr bedeutet haben. Eine von Reichs wegen geregelte Versorgung würde auch einem Preiswucher ein Ende machen. Es handelt sich also nicht um Zwangswirtschaft, sondern nur um eine gerechte Verteilung. Er sei weit entfernt, der Landwirtschaft durch willkürliche Preisfestsetzung den Kartoffelanbau erschweren zu wollen. Die Preise für die kommende Ernte würden wie im vorigen Jahre im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen und den Verbraucher-Organisationen festgelegt werden.

Die Redner der Linken und Demokraten leuchteten den Herrn Interpellanten gründlich heim, indem sie zeigten, wie die hohen Gewinne einzelner Schichten immer mehr und mehr anstatt der Wirtschaft, dem persönlichen Genuß zugeführt würden. Sie deckten die preistreibende, beinahe wucherische Tendenz so gründlich auf, daß die Anfrage zu einer glatten Niederlage der Deutschnationalen und ihrer volksparteilichen Helfer wurde.

Beachtlich in der Verhandlung war noch die Anfrage der Kommunisten bezüglich des Verhaltens einer Anzahl Unternehmer, die durch Entlassungen der Betriebsräte die Absicht des Betriebsrätegesetzes illusorisch zu machen suchten. Auch unser Sprecher, Genosse Franz, wies ebenso wie der der Unabhängigen auf die hohe Gefahr hin, die dem Betriebsrätegesetz durch die Unternehmerpraxis droht. Es müßten von Reichs wegen Bindungen geschaffen werden, die solchen Entlassungen entgegenwirken.

Sächsischer Landtag

90. Sitzung. Donnerstag den 9. März 1922

(Schluß)

Eine Anfrage Ebert und Genossen (Komm.) betrifft die Entlassung von Betriebsräten in der Chemnitzer Metallindustrie.

Abg. Siewert (Komm.) begründet die vor zwei Monaten eingebrachte Anfrage. Danach sind die Entlassenen noch nicht wieder eingestellt, obgleich die bürgerlichen Gerichte festgestellt hätten, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Die Gerichte beschäftigten sich schon seit ¾ Jahren mit den Entlassungen, ohne daß ein Abschluß der Prozesse zu erwarten wäre. Eine Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte habe in den Maßnahmen der Gerichte eine Begünstigung der Unternehmer erblickt und sie als planmäßige Sabotage bezeichnet. Es wird gefragt, ob der Regierung diese Vorgänge bekannt sind, ob sie bereit ist, diesen Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen, und was insbesondere das Justizministerium getan hat, diese Behauptung nachzuprüfen und für Abhilfe dieser Mißstände zu sorgen.

Ministerialrat Rauschenbach: Von sechs Verfahren waren bereits fünf beim Landgericht beendet bei Tagung der Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte, und zwar schon einige Monate vorher. Im sechsten Verfahren ist die lange Prozeßdauer darauf zurückzuführen, daß die Parteien das Verfahren nicht nachdrücklich genug betrieben haben. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Gerichte die Unternehmer begünstigt und planmäßig Sabotage betrieben hätten.

Abg. Beutler (Dnat. Vp.) hält die Interpellation für verfehlt. Der Landtag sei doch kein Gerichtssaal. Selten sei in Prozessen so schnell gearbeitet worden, wie in diesen Fällen. Die Gerichte haben entschieden, und zwar in der Hauptsache zugunsten der Betriebsräte. Daß diese noch draußen sind, läge wohl daran, daß das Gesetz keine Handhabe für eine zwangsweise Fortführung des Arbeitsverhältnisses ergibt. Der Vergleich mit den Wandererwerken, die bereit waren, eine Abfindungssumme von 75 000 M. zu zahlen, sei daran gescheitert, daß die Kläger im letzten Augenblicke ihre Forderung erhöhten. Die ganze Stellung der Wandererwerke sei bedingt gewesen durch die politische Stellung der Herren Kühn und Berch, die aus dem Betrieb eine kommunistische Propagandastation machen wollten.

Abg. Franz (Soz.):

Der Vorredner hat eine Darstellung des Sachverhalts gegeben, die den Tatsachen diametral gegenübersteht. Herr Beutler hat gesagt, wir leben doch noch immer in einem Rechtsstaat. Schlecht dazu paßt die Tatsache, daß sich die Unternehmer dem Rechtsbescheid der Gerichte nicht beugen. Die Unternehmer sabotieren die Entscheide, weil sie ihnen nicht in den Kram passen. Es war ein unschöner Zug von Herrn Beutler, den Betriebsräten Käuflichkeit ihres Postens vorzuwerfen. Viele Betriebsräte lassen sich nicht wieder aufstellen, weil sie des fortwährenden Kampfes nach zwei Seiten müde sind, weil sie sich in ihren Funktionen beschränkt sehen. Berch und Kühn sind ohne Zustimmung der Betriebsräte entlassen worden, also unter Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Beide wollten die Abfindung von 75 000 M. annehmen, wenn die Gegenseite noch die ihnen erwachsenen Prozeßkosten von etwa 10 000 M. getragen hätte. Das Betriebsrätegesetz muß sobald als möglich ausgebaut werden, wir müssen zu einem einheitlichen Arbeitsrecht und Arbeitsgericht kommen.

Damit hat sich auch dieser Gegenstand erledigt. — Nächste Sitzung: Donnerstag den 16. März.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nur der rechtzeitige Einkauf
in allen Abteilungen meines Hauses macht es mir möglich, meiner Kundschaft

Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen

weiterhin anbieten zu können

Herren-Jackett-Anzüge in Cheviot u. Homespun, 1200.—, 990.—, 690.— **590.—**

Herren-Sport-Anzüge in flotten modernen Formen . . 1500.—, **1200.—**

Schlüpfer und Paletots in enormer Auswahl . . . 1200.—, 690.—, **390.—**

Regen- und Bozener Mäntel ausprobiert wetterfeste Stoffe, 690.—, 490.—, **290.—**

Herren-Hosen nur ausgesucht gute Qualitäten, 290.—, 190.—, **98.—**

Herren-Breecheshosen in allen Größen . . . . . 590.—, 390.—, **250.—**

Für Konfirmanden

Unerreicht schöne Auswahl in
Anzügen, Schlüpfern, Covercoats

Anzüge, ein- und zweireihig, nur gute Stoffe, in bester Verarbeitung . . 1200.—, 790.—, 590.—, **390.—**

Schlüpfer und Covercoats flotte moderne Formen, beste Zutaten 1200.—, 790.—, **490.—**

Smoking-Anzüge
mustergültiger Schnitt und beste Verarbeitung

Wäsche, Hüte, Krawatten, Handschuhe
äußerst preiswert.

Jünglings-Jackett-Anzüge besond. strapazierfähige Stoffe, 790.—, 590.—, **450.—**

Jünglings-Jackett-Anzüge beste Qualität, mod. Schnitt, 1200.—, 990.—, **850.—**

Kieler Anzüge in den best. blauen Qualitäten, 850.—, 590.—, **390.—**

Schlupf- und Blusen-Anzüge in bekannt reicher Auswahl . . 350.—, 150.—, **95.—**

Knie- und Breecheshosen aus stark. Resten gefertigt, 350.—, 190.—, 95.—, **59.—**

Gummi- und Loden-Mäntel in Knaben- u. Schülergrößen, 550.—, 390.—, **290.—**

Herren-Hüte in den modernsten Fassons zu äußerst vorteilhaft. Preisen

Garantie für tadellosen Sitz — Schnellste Lieferung —

Elegante Maß-Schneiderei
Stoff-Verkauf per Meter

— Hervorragende Auswahl — modernster und bester Stoffe

Prager Straße **ESDERS** Waisenhausstraße

Größtes Herren-Bekleidungshaus

[f 149

Palast-Konditorei Café Schröder
Postplatz DRESDEN-A. Postplatz
Täglich vor und nach dem Theater
Grosszs erstkl. Künstler-Konzert
Jeden Sonn- u. Feiertag v. 11—12½ Uhr
Früh-Konzert.
Täglich von 10 Uhr an
ff. Hühnerfleischbrühe mit Pasteten.
Kalte Küche bis 11 Uhr nachts.
Reichhaltiges Konditorei-Büfett und Eisspeisen.
[s 332

Vaterland Licht-Spiele
Freiberger Platz — 20.
Nur noch bis Sonntag!
Der größte und gewaltigste
Michael-Bohnen-Monumental-Sensationsfilm:
Der Abenteurer
7 gewaltige atemberaubende Akte!
Hauptrolle: Michael Bohnen bekannt als Hauptdarsteller des ehem. Films: „Die Herrin der Welt".
Sonntagnachmittag 2 Uhr für Jugendliche u. Erwachsene
Schneider Wippel
Komödie in 5 Akten. [f 881
Nur zeitiges Kommen sichert guten Platz.
[w 358

Aufruf!
„Altershilfe des Deutschen Volkes"
Volkssammlung für das notleidende Alter im Freistaat Sachsen
11. u. 12. März 1922
Helft dem notleidenden Alter!
Unsre alten Leute hungern und darben! Sie haben ihre Arbeitskraft verloren und entwertet ist auch der letzte für die Tage des Alters zurückgelegte Sparpfennig.
Es ist die heilige Pflicht aller, unsern alten Leuten zu helfen!
Unsre Dankesschuld gegen unsre Eltern ist groß. Stets haben die Ehre und Achtung eines Volkes für seine Alten als das schönste Wahrzeichen seiner Sitte und Kultur gegolten.
Darum ihr Gesunden und Arbeitsfähigen, ihr Reichen und Besitzenden: Gedenket aller eurer Pflicht gegen die bedürftigen alten Glieder unsrer Volksgemeinschaft!
Hilfreiche Tat sei der Ausdruck unsrer Gesinnung!
Spende und helfe ein jeder nach seinen Kräften!
Alle Banken und Bankgeschäfte, Staats- und Gemeindekassen und sonstigen öffentlichen Kassenstellen sowie Zeitungen nehmen Spenden entgegen.
[f 681

Einige moderne Herren-Anzüge
aus 1a Stoff, wegen Aufgabe dieses Artikels verkauft billigst
Rath, Ziegelstraße 41.
Beachten Sie den Namen! [b 1879

SARRASANI
Täglich 7,15 Uhr, Sonntag auch 3 Uhr. Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus
45 Löwen (auch nachmittags)
Freiheitspferde gleichzeitig
Die Schau der 1000 Wunder. Die Saxons. Die Aegirs. Gespensterschloß. Lunapark unter Wasser. Bourbons-Truppe. Circus der vier Dimensionen. Affen-Radrennen.

Palast-PT-Theater
Alaunstraße 28
Von Freitag bis Montag
der mit Spannung erwartete Sittenfilm:
Hafenlore, II. Teil.
Sechs gewaltige Akte.
Außerdem: Das entzückende Lustspiel
Seine Kammerzofe.
Drei Akte köstlichsten Humors.
Anfang: Werkt. 6 u. 8½ Uhr, Sonnt. 4, 6½ u. 8½ Uhr.

Reichshallen, Palmstraße 13 nahe Postplatz
Jeden Sonnabend:
Gr. Wohltätigkeits-Herren- u. Damenball.
[s 365

Friedenslichtspiele
Wettinerstraße 34.
Heute Freitag bis Montag:
2 große Schlager!
Der rächende Pfeil.
5 Akte.
Ein Kampf um Tod und Leben. — Ferner:
Lodernde Gluten.
Nur 4 Tage!
[b 1877

Gasthof Reichenberg,
Freitag, Sonnab., Anf. 6 Uhr
Sonntag, Anfang 2 Uhr
Grosses Sext.-Turn er.
Es lädt ergebenst ein
Paul Müller.

Trauringe
Uhren — Goldwaren
E. Rudolph
53 Wettinerstraße 53

Schneidern Sie?
Sämtliche Zutaten
Filet-Spitzen und Tülle
Knöpfe u. Tressen
Futterstoffe
Carstensen
Pillnitzer Straße 5.

Pa. Kalbfleisch . . . Pfund 21 u. 22 M.
Gewicktes zum Braten . . . . . Pfund 22 M.
Pa. fettes Gefeier-Rindfleisch, Pfd. 20—22 M.
Frische hausschl. Wurst . . ¼ Pfd. 7—8.50 M.
Hauptvogel, Wettinerstraße 39.

In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!

Auf Kredit und Barzahlung
Möbel
Herren- und Damen-Schlaf- und Speisezimmer
Moderne Küchen
sowie Möbel sowie ganze Ausstattungen
Damen- und Herren-Konfektion
kleine Zahlungsweise
Fietze
2 Grunaer-Str. 2
am Pirnaischen Platz

Hohlgeschliffene **Rasiermesser** schmal und breit
Rasierapparate
Rasiergarnituren
Rasierpinsel
Rasierseife
Rasierspiegel
Rasierbecken
Rasierklingen
für Gillette- und deutsche Apparate
Streichriemen
Abziehsteine
Reparaturanstalt — Schleiferei
Richard Münnich
Dresden-N., Hauptstraße 11.

Allerfeinste, frische Tafel-Margarine
Pfund **27** und **26** M. [b 1880
Oberlausitzer Butterhandl. Preiß, Steffelstr. 8, Tel. 10840.

Für Wiederverkäufer!
Margarine, noch alte Preise
Schinkenspeck, Kakao, Sahne
Würstchen, 70 und 72 Paar pr. Dose
Keks und Schokolade [f 573
M. Bitkow, Johnstraße 1 (Eckgeschäft).

Ausgezeichnete **Fleisch- u. Wurstwaren** kauft man jederzeit preiswert
23 Scheffelstraße 23 [b 91

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Branntwein-Monopol

Deutscher Reichstag

181. Sitzung, 9. März, 2 Uhr

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Aenderung des

Branntweinmonopols.

Nach den grundlegenden ersten Paragraphen soll der Geschäftsbereich der Monopolverwaltung nunmehr umfassen die Uebernahme des im Monopolgebiet hergestellten Branntweins aus den Brennereien, die Herstellung von Trinkbranntwein, die Einfuhr von Branntwein aus dem Ausland, die Reinigung und die Verwertung von Branntwein und den Branntweinhandel.

Abg. Eggerstedt (Soz.): Die Sozialdemokratie ist unter dem Eindruck der großen Finanznot des Reiches an die Beratungen der Steuergesetze herangegangen. Der Republik die nötigen Mittel zum Leben zu geben, dabei die Lasten so zu verteilen, daß die wirtschaftlich Schwachen geschützt werden, war das Leitmotiv unsrer Arbeit. Wenn uns das letztere nicht in dem Maße gelungen ist, wie es uns wünschenswert erschien, so liegt die Schuld hierfür in den politischen Verhältnissen Deutschlands. **Unter Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse und der außenpolitischen Zwangslage müssen wir manchem Steuergesetz unsre Zustimmung geben, das sich hart der Grenze des für uns Erträglichen nähert.** Auch dem Gesetz über das Branntweinmonopol haben wir aus diesen Motiven zugestimmt. Die Steigerung des Steuersatzes um 500 Prozent wird manchem ungeheuerlich erscheinen. Die Entente würde es aber **gerade beim Branntwein** kaum verstehen, wenn die Belastung bei uns **weniger stark wäre, als in ihren Ländern.** Die Regierung hofft aus dieser Erhöhung eine Einnahme von 1,6 Milliarden Mark zu erzielen. Nach unsrer Auffassung wäre diese Einnahme noch wesentlich zu erhöhen, wenn man sich hätte entschließen können, der Monopolverwaltung ein wirkliches Monopol in die Hand zu geben. Von einem Monopol in dem üblichen Sinne kann hier gar nicht die Rede sein.

Wir haben weder ein Produktionsmonopol noch ein Fabrikationsmonopol, sondern lediglich ein Zwischenhandelsmonopol

und das Recht, bei der Herstellung gewöhnlicher Trinkbranntweine mit dem Privatgewerbe zu konkurrieren. Der Gesamtwert der Einrichtung der Monopolverwaltung repräsentiert einen Wert von 50 Millionen Mark. Wir hatten Mühe genug, der Monopolverwaltung das Recht zu erhalten, im Wettbewerb mit der Privatindustrie Trinkbranntwein herzustellen. Nicht einen Ausbau zum Vollmonopol, sondern einen Abbau des Fabrikationsrechts glaubte man durchführen zu müssen. Das konnten wir nicht mitmachen.

Eine unterschiedliche Behandlung hätten wir sehr gern bei der Besteuerung des Trinkbranntweins eintreten lassen. Wir glauben nämlich, daß die besseren Liköre eine höhere Besteuerung vertragen als die gewöhnlichen Trinkbranntweine. Wir müssen aber einem entsprechenden Antrag fallen lassen, weil die Regierung erklärte, daß das kommende Landessteuergesetz diese Steuerquellen den Gemeinden zur Erschließung überläßt. Die Vertreter der Landwirtschaft haben ihr Eintreten für eine

Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien

stets mit dem Hinweis mit Allgemeininteressen begründet. Nach dem Verlauf der letzten Tagungen landwirtschaftlicher Organisationen können wir uns jedoch der Anschauung nicht verschließen, daß sich die Landwirtschaft auch hierbei nur von Profitinteresse leiten läßt. Wenn wir der Erhöhung des aus Sulfitablauge herzustellenden Branntweins für gewerbliche Zwecke auf 250 000 Hektoliter zugestimmt haben, so glauben wir, damit den Allgemeininteressen zu dienen. Zu diesem ausschließlich für gewerbliche Zwecke bestimmten Branntweinmengen kommt ein voraussichtlicher Bedarf von 600 000 Hektoliter Spiritus für motorische Zwecke. Es handelt sich hier um den sogenannten

Reichskraftstoff,

der sich sehr gut bewährt hat. Wir sehen also sehr große Entwicklungsmöglichkeiten, die dazu drängen, keine Ablaugen mehr unausgenutzt ablaufen zu lassen.

Um der Schwarzbrennerei ein Ende zu machen, bemüht sich die Regierung, möglichst alle Brennereien unter Kontrolle zu bekommen. Die Regierung schlug deshalb vor, für die außerhalb des Kontrollverschlusses Brennenden die Grenze auf zwei Hektoliter herabzusetzen. Wenn wir trotzdem auf drei Hektoliter heraufgegangen sind, so taten wir das unter der Voraussetzung, daß die ehrlichen Brenner mit den Landesregierungen einen energischen Kampf gegen die Auswüchse aufnehmen würden.

Der Monopolverwaltung sind ein Gewerbeausschuß und ein Beirat beizugeben. Aus den Erträgnissen der Branntweinsteuer sollen verwendet werden bis zu 16 Millionen zur Verbilligung der Kosten der weingeisthaltigen Heilmittel für die minderbemittelte Bevölkerung, bis zu 30 Millionen Mark zur Verbilligung des in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntweins. 30 Millionen Mark sollen der Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten dienen. Man kann über die Zweckmäßigkeit, von den Einnahmen eines Gesetzes gleich soundso viel Mittel zu bestimmten Zwecken bereitzustellen, streiten, aber wir haben die unabweisbare Pflicht, den Minderbemittelten und den Leidenden zu helfen. Wir betrachten das Gesetz nicht als ein abgeschlossenes Ganzes, sondern nur als eine Etappe auf dem Wege zum Vollmonopol. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz, Gahnen (Zentr.): Durch den Beirat haben die Oeffentlichkeit und auch der Reichstag ein Kontrollorgan. Der Entschließung des Ausschusses, die die Verwertungsstelle des Monopols in eine Aktiengesellschaft umgestalten will, stimmen wir zu. Wir bitten, das Gesetz anzunehmen. (Beifall im Zentr.)

Abg. Körner (Dnat Vp.): Der Landwirtschaft muß möglichst im alten Umfange der notwendige Hilfsbetrieb der Brennerei erhalten bleiben.

Abg. Puchta (U. Soz.): Es ist nicht zu rechtfertigen, das wichtige Volksnahrungsmittel, die Kartoffel, den Agrariern für Brennzwecke zu opfern. Dieses Gesetz will das Brennergewerbe künstlich erhalten. Für eine staatliche Schnapsfabrikation können wir uns nicht begeistern. Wir lehnen dieses Gesetz ab, da die andern Steuerquellen noch nicht erschöpft sind. Der Arbeiterschaft ist nur der Rat zu geben, dem Beispiel unsres Vizepräsidenten Dietrich zu folgen, der, zwar großer Schnapsbrenner, keinen Tropfen Alkohol genießt und sich blühender Gesundheit erfreut. (Heiterkeit.)

Abg. Dietrich, Baden (Dem.): An dem Monopol wird festzuhalten sein, wenngleich auch wir die Umwandlung der Verwertungsstelle in eine Aktiengesellschaft wünschen. Die Monopolverwaltung darf nicht im Geiste der alten Kriegsgesellschaften arbeiten. Sie muß mit geringen Mitteln Höchstleistungen vollbringen.

Abg. Herbert, Franken (Bayer. Vp.): Ein Vollmonopol könnte uns nicht beglücken, es würde ein Schritt zur Sozialisierung sein.

Die Abgg **Geyer** (Komm. A.-G.) und **Höllein** (Komm.) lehnen das Gesetz ab.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Nächste Sitzung Freitag, 2 Uhr. (Pensionskürzungsgesetz, Kapitalflucht, Fortsetzung des Branntweinmonopols, Etat des Reichsernährungsministeriums.) Schluß 6 Uhr.

Die neue Gemeindeordnung

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:

Durch die Presse wird die Nachricht verbreitet, der Minister des Innern habe infolge des Protestes sozialistischer Gemeindevertreter in der letzten Sitzung des Gesamtministeriums den Entwurf einer Gemeindeordnung vollständig fallen gelassen, um ihn nochmals umzugestalten. Diese Nachricht ist falsch. Richtig ist folgendes: Am 17. Februar 1921, also vor Jahresfrist, gab der Minister des Innern schriftlich Anweisung für die Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung. In ihr war über die Gestaltung der Gemeindeverwaltung bemerkt:

„Die Verfassung der Gemeinden ist, wie in der Landesverfassung, in eine beschließende und verwaltende Körperschaft zu trennen. Folgerichtig angewendete Demokratie verträgt sich weder mit der Autokratie noch mit dem Zweikammersystem, deshalb kein Zweikammersystem. Die Gemeindeverwaltung soll, wie das Gesamtministerium gegenüber dem Landtag, Vollzugsorgan der Gemeindeversammlung sein. Sie soll ausführendes Organ und beratende und vorbereitende Körperschaft sein, deren Facharbeiter auf Zeit gewählt werden."

Der nach dieser Anweisung umgearbeitete Entwurf einer Gemeindeordnung wurde von den Fraktionen der Mehrheit des Landtages verworfen. Auch deshalb, weil er nicht weit genug ging. Der Minister des Innern beauftragte deshalb den Schriftsteller Fischer mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs, der im entscheidenden § 28 folgende Bestimmung enthält:

„Zur Vertretung und Verwaltung der Gemeinde wird in jeder Gemeinde ein Gemeinderat gewählt. Dieser besteht aus dem Bürgermeister und den gewählten besoldeten und unbesoldeten Gemeinderatsmitgliedern."

Fischer kam also praktisch auf den Stadtgemeinderat für mittlere und kleine Städte zurück. Die Sozialdemokratische Partei hatte sich auf das Einkörpersystem in den Gemeinden festgelegt und hatte ausdrücklich den Fischerschen Entwurf gebilligt. Von Gemeindevertretern der Unabhängigen Partei wurde aber der berechtigte Einwand erhoben, daß die Zuwahl besoldeter Gemeinderatsmitglieder durch den Gemeinderat eine Umbiegung und Verletzung des direkten Wahlrechts sei.

In § 62 des Fischerschen Entwurfs wurde dem Bürgermeister das Recht gegeben, den Gemeinderat zu berufen und in diesem den Vorsitz zu führen, falls durch Ortsgesetz nichts andres bestimmt sei. Unter Beachtung obiger Einwendungen wurde vom Referentenentwurf folgerichtig die Bürgermeisterverfassung vorgesehen die in den süddeutschen Staaten und dem Rheinland besteht. Der Referentenentwurf wurde Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt. Bei der Besprechung wurde von der einen Seite eingewendet, daß hierdurch dem Bürgermeister eine zu große Machtvollkommenheit eingeräumt wird, während von Vertretern großer Städte geltend gemacht wurde, daß sich mit diesem System in Großstädten nicht arbeiten läßt. Es wurde deshalb vom Minister erwogen, ob er seinen ersten Vorschlag nicht wieder aufnehmen soll. Bei der verschiedenartigen Auffassung hielt er es aber zunächst für richtig, dem Landtage die Entscheidung dieser Frage zu überlassen und legte den sehr stark veränderten Referentenentwurf dem Gesamtministerium vor. Es ergab sich für den Minister daß die Umarbeitung der Trennung von beschließender und verwaltender Körperschaft so viele Teile des Entwurfs berühre, daß diese Arbeit für den Landtag zu umständlich sein würde. Deshalb schlug der Minister des Innern dem Gesamtministerium vor, selbst eine Einarbeitung in die Vorlage vorzunehmen und erst dann den Entwurf dem Landtage zu überreichen. Das Gesamtministerium billigte einmütig diesen Vorschlag.

Der Entwurf einer Gemeindeordnung wird also nur in dieser Beziehung umgearbeitet und dürfte in längstens zwei Wochen dem Landtage zugehen.

•

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz der Amtshauptmannschaft Chemnitz, auf der der Gemeindeverfassungsentwurf allgemein abgelehnt wurde, faßte folgende Entschließung:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Regierungsentwurf zur Gemeindeverfassung. Sie verurteilt entschieden, daß wieder und immer wieder sogenannte „Fachleute" zur Begutachtung herangezogen werden, nachdem Gemeindetag und Gemeinde-Vertreterversammlung den Fischerschen Entwurf als brauchbare Grundlage anerkannt haben. Die Konferenz steht heute noch auf dem Boden des Fischerschen Entwurfs und erwartet von der Landtagsfraktion dieselbe Stellungnahme. Die Gemeindevertreterkonferenz fordert weiter vom Landesausschuß sofortige Einberufung einer Landesgemeindevertreter-Konferenz, um die Landtagsfraktion mit Richtlinien für die Gemeindeverfassungsreform zu versehen."

Sächsische Angelegenheiten

Zur Kartoffelversorgung

Das Wirtschaftsministerium teilt mit:

Ein von dem Landtagsabgeordneten Claus in Nr. 52 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 21. Februar 1922 verfaßter Artikel „Zur Kartoffelnot" enthält ein Zahlenwerk, dem widersprochen werden muß.

In Sachsen sind nach den Unterlagen des Statistischen Landesamtes im Jahre 1921 rund 100 000 (nicht 125 000) Hektar mit Herbstkartoffeln bebaut worden. Auf den Hektar kann man im Durchschnitt einen Ernteertrag von 220 Zentnern rechnen. Eine höhere Schätzung ist im Hinblick darauf, daß ein erheblicher Teil der Anbaufläche auf das ein Drittel des Landes umfassende Gebirge und ein Teil der übrigen Fläche auf die sandigen Lagen an der preußischen Grenze entfällt und der Ernteertrag dort unsicher ist, nicht zulässig. Es ergibt sich hiernach ein durchschnittlicher Ertrag von 100 000 mal 220 — 22 Millionen Zentnern. Hiervon sind abzuziehen: 20 Prozent — 4,4 Millionen Schwund, einschließlich Futter- und Fabrikkartoffeln, vier Millionen für Saatgut (40 Zentner für den Hektar, gering gerechnet) und 10 Millionen für die Selbstversorger und Deputatberechtigten, deren Zahl 500 000 noch übersteigt, hier aber nur mit dieser Ziffer berücksichtigt ist und bei denen, insbesondere auf Grund der Tarifverträge mit den Landarbeitern, mindestens 20 Zentner auf den Kopf zu rechnen sind. Von dem Durchschnittsertrag von 22 Millionen Zentnern bleiben daher nach Abzug von 4,4 + 4 + 10 — 18,4 Millionen nur 3,6 Millionen Zentner für die rund 4 Millionen Versorgungsberechtigten übrig, während 12 Millionen (3 Zentner auf den Kopf) gebraucht werden.

Der Sitz des Bezirkseisenbahnrates

Leipziger Blätter behaupten, die sächsische Regierung unterstütze die Absicht der Reichsregierung, die Bezirke der beiden Eisenbahn Generaldirektionen Dresden und Erfurt in einem Bezirkseisenbahnrat mit dem Sitz Leipzig zusammenzufassen. Diese Nachricht ist sehr unwahrscheinlich. Die Verbindung mit dem Thüringer Wirtschaftskreis, gegen die auch dortige wichtige Interessengruppen Widerspruch erhoben haben, ist für den größten Teil des sächsischen Wirtschaftsgebietes nachteilig. Für Zentral- und Ostsachsen be-

---

16

Hüttenheimat

Ein Roman aus dem Isergebirge von Gustav Leutelt

Durch die Anziehung, die von den Schloten ausging, änderte sich auch sein Verhältnis zu den vielen und großen Fabriken, auf die jene Hohen herabschauten. Bislang war er immer scheu an deren langen Fronten vorbeigehuscht; denn ihn ängstigte das unheimliche Rattern und Surren, das durch ihre staubigen Scheiben drang. Nur mit Grauen dachte er an die Möglichkeit, sein Leben in jenem höllischen Lärm, hinter den rußigen Mauern verbringen zu müssen. Er glaubte fest, daß so ein Dasein für ihn unmöglich sei.

Jetzt konnte er endlich der Aufforderung jenes Mitschülers folgen, der ihm die väterliche Fabrik zeigen wollte. Halb betäubt war er durch die Räume gegangen, sich ängstlich an den Führer heftend und doch wegen der knatternden Weberschifflein dessen Erklärungen überhörend. Noch spukte der wüste Lärm der Webstühle in seinem Kopfe, als er heimging; aber es war auch ein erhobenes Gefühl bei ihm eingekehrt, eine Schwungkraft, die aus dem rasenden Takt der Maschinen in sein Blut gekommen war. Heute konnte er bereits stolz auf alle die Schlotfabriken sein.

Der lahme Sohn des Schusters webte in einer Fabrik, die war die größte von allen. Drüben am Hügel stand sie mit ihren vielen Stockwerken und dem mächtigsten Schornstein der ganzen Stadt. Karl war jetzt oft vor den großen Fenstern ihrer Maschinenhalle und sah die Riesenglieder drinnen so gelassen auf und nieder gehen, daß es ihn wunderte, wie aus der Bewegung jenes tolle Hasten in den Websälen werden konnte. Und er versuchte, sich den Lärm auszumalen, der dort anheben müßte, sofern die große Dampfmaschine ein gleiches Tempo annähme. Das Getöse schon müßte das Gebäude zersprengen. So träumte er nach seiner Art das Unmöglichste über die Dinge in dem brausenden Fabrikshause, und dieses verlor dadurch immer mehr vom früheren Schreckbild.

Da trat ein Ereignis ein.

Es waren die Vorboten dagewesen, ohne daß Karl auf sie geachtet hatte. Der Sohn des Schusters ging schon über eine Woche nicht in die Fabrik, und Karl glaubte, er sei krank. Aber es kamen jeden Tag hohlwangige, junge Leute zu ihm, mit denen er laut und leidenschaftlich redete, was doch nicht zum Siechtum passen wollte. Und heute hatte der Lahme ihn auf der Treppe überholt und war ganz geistesabwesend nach der Gasse gerannt, ohne ihn zu beachten.

Die Leute in den Straßen schienen noch eilfertiger als sonst; oder täuschte er sich nur? Und doch: die Stutzer fanden nicht Zeit, sich in den Scheiben der Auslagen zu spiegeln, und sogar die Damen verzichteten, sich nach dem Putz der Vorübergehenden umzudrehen. Ein Hauch von Unruhe wehte überall.

Der Mitschüler lachte, als er ihn frug.

„Das weißt du nicht? Die Weber bei Lobig streiken und da haben die Fabriksherren fremde Leute kommen lassen. Heute sind sie eingetreten und da kann's zu etwas kommen."

Karl mußte noch weiter fragen und hörte, wie die Arbeiter einen höheren Lohn erzwingen wollten, und von ihrer Erbitterung über die fremden Streikbrecher.

An den alten grauhaarigen Professoren war nichts zu merken; aber der junge Supplent lief in der letzten Stunde immer von einem Fenster zum andern und schien recht aufgeregt. Als dann taktmäßige Schritte auf dem Pflaster hallten, war auch bei den Schülern nur noch das Stürmen an die Fenster möglich, und der junge Hüter wehrte dem schwach. Ein Zug Gendarmen kreuzte den Platz und bog in eine Gasse ein, und die flatternden, schwarzen Federbüsche der Leute pendelten während des Marsches her und hin.

„Komm zu mir!" schlug nach dem Unterrichte der Mitschüler vor. „Aus unserm Garten kannst du den Rummel sehen."

Ganz atemlos kamen sie an; aber auf dem Platze vor der Fabrik waren nicht mehr Leute als sonst, und kein Bewaffneter ließ sich blicken. Der Garten stieß zwischen zwei Straßenzügen wie ein Keil nach dem Platze vor, und durch die Lücken seiner Ziersträucher konnte man ungesehen beobachten.

Karl war enttäuscht. Er gewahrte nur, wie heute das Gittertor des hohen Fabrikzaunes geschlossen war. Uebrigens kam ja die Mittagszeit erst heran.

Aber da klang — viel zu früh — schon die Dampfpfeife; nur tönte sie merkwürdig schwach und kurz, als sei auch sie beklommen. Der Pförtner kam und legte die Torflügel zurück, und die ersten Gestalten tauchten auf dem breiten Kieswege dahinter auf.

Und da war es ganz wunderbar, wie schnell sich der Platz mit Menschen füllen konnte. Aus allen Gassen und Haustüren brach es hervor, die Winkel spien Leute über Leute aus, und im Nu drang gegen das Fabriktor ein Schwall vor, als sei der urplötzlich aus dem Boden erwachsen oder von den Wipfeln der Bäume herabgesunken.

Aber auch die vermißten Gendarmen waren da. In vollem Lauf rannten sie am Zaun daher und hatten das Tor noch vor der Menge erreicht. Die ersten von der Fabrik Kommenden waren stehengeblieben. Jetzt, zwischen den Federbüschen, kamen sie hervor, drängten sich aber unwillkürlich in Reihen zusammen, deren Flanken die Gendarmen deckten. Und nun brach es los. Pfiffe gellten über den Platz, gingen aber sogleich in dem Geschrei der Menge unter. Diese armen, ausgemergelten Tuchweber zeigten dabei eine Wildheit, die man ihrem gedrückten Aeußern nicht zutraute. Wutgetrieben drang die Menge nach kurzem Stutzen wieder vor.

Es war deutlich zu sehen, wie inmitten des Gedränges sich eine Schar von Beherzten dicht zusammenschloß und wie ein Keil gegen die Streikbrecher vordrang. Aber da fällten die Gendarmen auch schon die Bajonette, während ihre Schützlinge versuchten, nach dem Fabrikshofe zurückzukommen. Noch einen Augenblick glaubte Karl eine hinkende Gestalt vor dem mutigen Häuflein zu erblicken, dann entschwand sie in einem wüsten Knäuel, der in dem Gewirr der hundert drohend emporgereckten Arme unterging.

„Komm, du!" mahnte plötzlich der Mitschüler. „Die schießen noch."

Aber Karl hörte nicht; denn ein langgezogener, schrecklicher Schrei stieg dort aus dem Gewühl und lähmte alle die zitternden Gesichter. Nur die Augen der Leute stierten. Mitten entzwei hatte der eine Schrei den Tumult gerissen, und nun kam ein zweiter, ein dritter, und unaufhörlich begannen rundum Signalpfeifen zu gellen.

Wie ein Antwortschrei jähen Entsetzens drang es noch aus der Menge, dann staute sie sich zurück.

Das Auge Gottes sah vom Türpfosten her auf einen Bekümmerten. Karl hatte noch nicht gewußt, daß Menschenleben so niedrig bewertet werden können. Immer war ihm die Ruchlosigkeit des Tötens vorgehalten worden, und nun sollte das auf einmal eine erlaubte, gebotene Sache sein. Er war den Gendarmen begegnet, als sie wieder abrückten, und die Männer hatten gescherzt und gelacht, als läge nicht so Schreckliches hinter ihnen. Karl war durch diese Widersprüche verwirrt, und die Erlebnisse der nächsten Tage taten das ihre, um seine Verwirrung zu steigern. (Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

deutet die Verbindung mit Thüringer Verkehrsinteressen eine ganz unnatürliche Verlegung des wirtschaftlichen Schwerpunktes an die Westgrenze von Sachsen. Die wichtigen Verkehrsbeziehungen zu Schlesien und der Tschecho-Slowakei, die für den weitaus größeren Teil des sächsischen Wirtschaftsgebietes bestehen, müßten verkümmern. Vollends verfehlt wäre es, auch noch — wie ein Leipziger Blatt will — bei Bildung der Bezirkswirtschaftsräte den gleichen Fehler zu wiederholen. Zur Einsicht der sächsischen Regierung darf das Vertrauen gehegt werden, daß sie die berechtigten Interessen des überwiegenden Teiles Sachsens nicht zurücksetzt.

Sächsisch-thüringische Grenzberichtigungen

Auf Grund von Gerüchten, daß Elsterberg im Ausgleich der schwebenden Grenzberichtigungen zwischen Thüringen und Sachsen an Thüringen abgetreten werden solle, hatten die dortigen Stadtverordneten eine Anfrage an das Ministerium des Innern gerichtet. Es ist von dort die Antwort eingegangen, daß bei den schwebenden Verhandlungen Elsterberg überhaupt nicht in Betracht gezogen worden sei.

Stadt-Chronik

Das Jubiläum der Ansichtskarte

Unsre aufregende, von Sorgen aller Art erfüllte Zeit ist nicht dazu angetan, Stimmung für Jubelfeste zu erwecken und sich in vergangene Dinge zu versenken. Wir haben vollauf damit zu tun, uns durch die trostlose Gegenwart zu schlagen, und wenn uns der wilde Kampf ums Dasein noch einige Zeit läßt, so spähen wir lieber in die graue Zukunft, um zu sehen, ob am fernen Horizont nicht ein Hoffnungsflämmchen flackert, das uns Leitstern sein könnte auf dem Wege durch die Wildnis, die wir durchwandern müssen. So ist auch ein Jubiläum ganz unbemerkt vorübergegangen: das Jubiläum der Ansichtspostkarte, die am verflossenen 1. März fünfzig Jahre alt geworden ist. Sie ist ein Nürnberger Kind. In Nürnberg wurde am 1. März 1872 die erste Ansichtspostkarte ausgegeben. Ihr Schöpfer war der Kupferstecher Franz Rohrich, ein zu seiner Zeit sehr bekannter und angesehener Künstler. Die Darstellung auf dieser ersten Ansichtskarte war eine vom Mohrentor aus gesehene Ansicht der Burg mit den anschließenden Stadt- und Mauerteilen, eine der malerischsten Partien Alt-Nürnbergs.

In diesen fünfzig Jahren hat die Ansichtskarte ihren Weg durch die Welt gemacht. Sie ist nach und nach zum Gegenstand eines harmlosen Sports geworden, der zuletzt eine ungeheure Entwicklung annahm und auch eine nicht gering anzuschlagende wirtschaftliche Bedeutung gewann. Alt und jung, hoch und nieder huldigten ihm mit bewundernswerter Leidenschaft. Wo man ging und stand, wurden Ansichtskarten geschrieben. Wenn einer sich nur ein paar Kilometer von seinem Wohnort entfernte und sich zur ersten Rast niedersetzte, so erforderte es das Gebot der Wohlanständigkeit, Ansichtskartengrüße in nicht zu knapper Menge zu versenden. Freunde, Bekannte, Verwandte, Stammtische usw. mußten unterrichtet werden, daß der Schreiber oder die Schreiberin da oder dort wohl und gesund angekommen war und sich bei angenehmer Unterhaltung wohlsohl befand. Diese nichtssagenden, aber gutgemeinten Grüße wurden freudig und dankbar entgegengenommen. Sie brachten auch vielen Leuten Arbeit und Brot. Eine ganze Industrie entwickelte sich im Laufe der Jahre, die bis weit in die Kriegszeit hinein stark florierte. Künstler, Lithographen, Drucker, Papiermacher, zahllose Händler und nicht zum mindesten der Staat als Inhaber der Post zogen aus dem Ansichtskartensport reichen Gewinn. Zu Milliarden sind diese kleinen Karton-Erzeugnisse in die Welt hinausgeflattert. Nur Hälfte wohl größlicher Schund, zu einem weiteren größeren Teil mittelmäßige Massenware, zu einem kleinen Teil aber auch wirkliche künstlerische Darstellungen, die von Sammlern gern begehrt wurden. Denn es ist ja selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo so ziemlich alles gesammelt wird, auch die Ansichtskarte zu einem Objekt des Sammelsports geworden ist.

Nun wird wohl die Ansichtskarte nach einem halben Jahrhundert ihres Bestehens ein Opfer unsrer Zeit werden. Die Verteuerung von Druck und Papier hat den Verbrauch schon mächtig eingeschränkt. Den Gnadenstoß wird ihr vielleicht das riesige Hinaufschrellen der Portosätze geben. So wird der Ansichtskartensport, der so lange getrieben wurde, schließlich nach und nach einschlafen.

Konzernspekulation mit fremdem Gelde

Wegen Betrugs im Rückfalle mußte sich vor dem Schöffengericht der 55jährige, mehrfach vorbestrafte Pianist und Agent Gustav Ernst Tronike verantworten. Zuletzt betrieb T. in der Ammonstraße ein Agentur- und Kommissionsgeschäft, das aber eingegangen ist. Jetzt bezieht er Erwerbslosenunterstützung. Nach der Anklage hat T. im Laufe des vorigen Jahres eine große Reihe von Personen durch Vorspiegelung falscher Tatsachen in gröblichster Weise geschädigt und um zum Teil sehr hohe Geldbeträge geschädigt. Er erließ in den Tageblättern Inserate, worin er Betriebskapital für sichere Anlagen suchte und monatlich bis zu 20 Prozent Gewinn in Aussicht stellte. Unter Anklage standen zwanzig Fälle, wo Personen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten und jeden Alters Beträge bis zur Höhe von 25 000 M. an Tr. gegeben, aber nicht nur keine Zinsen, sondern auch teilweise keine Einlage zurückerhalten hatten. In der vorgenannten Anzahl Fälle sind die Darleiher um insgesamt 59 000 M. geschädigt worden. Tr. hatte den Geldgebern gesagt, er benutze das Geld zur Belehnung von Sparkassenbüchern, Wertpapieren, Hypotheken und dergleichen Geschäften. In Wirklichkeit hatte er aber bei verschiedenen Konzernen größere Einzahlungen bewirkt und hoffte auf diese Weise, einen bedeutenden Zwischengewinn zu erzielen, der ihm keine Mühe verursachte. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte jede betrügerische Absicht, allerdings mußte er zugeben, daß er den Geldgebern nicht erzählt habe, daß er in den Konzernen spekuliere. Hätte er das getan, würden die Leute einfach selbst das Geld dorthin getragen haben. Das Gericht sah in dem Treiben des Angeklagten den Tatbestand des Betrugs voll erwiesen und verurteilte Tr. zu sechs Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht den Betrug darin finde, daß Tr. den Geldgebern vorspiegelte, er lege das Geld ganz sicher an, während er es gerade auf die unsicherste Art in Konzernen unterbrachte.

Genossenschaftsvorträge. Professor Dr. Hans Müller-Zürich, hat eine Vortragstournee in Sachsen übernommen und wird Ende März auch in Dresden, Heidenau und im Vogtländischen Grunde vor Betriebsräten, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionären wie auch in öffentlichen Versammlungen zu den Angehörigen aller Volksschichten sprechen. Die Themen werden noch durch öffentliche Anschläge und Anzeigen in den Arbeitertageszeitungen bekannt gegeben. Dr. Müller ist ein sozialistischer Gelehrter, der sich bereits vor 30 Jahren in den Dienst des Proletariats gestellt und die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung gefördert hat. Er hat anfangs der 90er Jahre die Arbeiterbewegung in England, ganz besonders die Genossenschaftsbewegung, studiert und Schriften darüber veröffentlicht. Dann wurde er Leiter des Verbandes der schweizerischen Genossenschaften. Er ist auch der Gründer der ersten Genossenschaftszeitung. Ferner leitet er den Internationalen Genossenschaftsbund und begründete das noch heute erscheinende Genossenschaftsbulletin und die Internationalen Jahrbücher. Aus dieser Tätigkeit heraus ist er mit der Genossenschaftsbewegung der einzelnen Länder besonders gut vertraut. Die Regierung des Kantons Zürich verlieh ihm in Anerkennung seiner Lehrtätigkeit an der Universität den Rang eines Professors. Für alle, die der Genossenschafts- und der Arbeiterbewegung Interesse entgegenbringen, ist es außerordentlich empfehlenswert, diesen hervorragenden internationalen Spezialist und Wirtschaftstheoretiker kennen zu lernen.

Gratisleistungen der Zeitung. Die Zeitungen befinden sich in großer Notlage. Darauf wird immer und immer wieder hingewiesen. Trotzdem gibt es viele Behörden, Vereine und Private, die von den Zeitungen Hinweise und Notizen verlangen, die in den Anzeigenteil gehören und bezahlt werden müssen. Gegen diese Unsitte hat der Niederlausitzer Zeitungsverlegerverein und der Bezirksverein des Vereins brandenburgischer Zeitungsverleger in Kottbus Front gemacht. In unserm Parteiblatt, der Märkischen Volksstimme, lesen wir folgende Vereinsbeschlüsse dazu: Alles, was nach Form, Inhalt oder Zweck einen Anzeigenauftrag darstellt bzw. dazu dienen soll, eine Anzeige zu ersetzen oder entbehrlich zu machen, ist für die Aufnahme in den Textteil (sogenannten redaktionellen Teil) der Zeitung abzulehnen. Für alle Anzeigenaufträge, auch solche, die sogenannte wohltätige Zwecke, Gabenlisten usw. betreffen, ist Bezahlung zu beanspruchen. Hinweise und Reklamenotizen sind, soweit solche seitens der Zeitung nicht grundsätzlich abgelehnt werden, jedenfalls nur in Verbindung mit einer Anzeige in gleicher Nummer zu bringen. Ohne gleichzeitige Anzeige erfolgt niemals ein Hinweis. In allen Artikeln und Hinweisen ist stets und grundsätzlich alles das zu streichen, was naturgemäß in den Anzeigenteil gehört. Auch in unserm Bezirk sollten sich Behörden, Organisationen und Private die oben gefaßten Beschlüsse zu Herzen nehmen. Sie sollten an die Not der Zeitungen denken, die nicht nur in Kottbus besteht.

Richtlinien für die Deutsche Altershilfe. In jedem Hauptsammelbezirk verbleiben 70 v. H. des in ihm aufgebrachten Sammelertrages. 30 v. H. sind an die Landgeschäftsstelle zur Lösung zentraler Aufgaben in der Altershilfe im Lande sowie zur Deckung von Geschäftsunkosten abzuführen. Bei Verteilung sowohl der Bezirks- wie der Ortsmittel sind die Träger der freien Wohlfahrtspflege angemessen zu berücksichtigen und zur Durchführung der Fürsorge nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Die Erträgnisse der Sammlung sollen Verwendung finden in erster Linie für notleidende alte Leute über 65 Jahre. Für ältere Leute unter 65 Jahren wird Hilfe nur nach Lage der Verhältnisse erteilt werden können. Die Hilfe wird geleistet ohne Rücksicht auf Bekenntnis, Partei und gesellschaftliche Stellung; lediglich die Notlage und das Alter sind maßgebend. Es ist besonders zu beachten, daß weder zur Unterstützung verpflichtete öffentliche Körperschaften noch Angehörige der Bedürftigen in ihrer Pflicht zur Sorge entlastet werden sollen. Die Hilfe ist darum in erster Linie denen zu leisten, die von andern Stellen nicht ausreichend unterstützt werden können. Das Altershilfswerk darf in keinem Fall seine Aufgabe in der Leistung von Bargeldunterstützung erschöpft sehen. Vielmehr ist aus den Hilfsmöglichkeiten die geeignetste herauszugreifen, oder es sind die verschiedensten Hilfsmaßnahmen miteinander zu verbinden: Deckung von Arzt- und Kurkosten, Einkauf in eine Altersrente oder ein Heim, Naturalleistungen auf dem Lande, ein Freiplatz in einer Stiftung, ein Unterkommen in einer Familie, Wäsche und Kleidung, Freitische usw. Immer ist darauf zu sehen, daß individualisierende Fürsorge getrieben wird. — Daß für alles dieses bei der Höhe der Not gewaltige Mittel nötig sind, ist gewiß allen einleuchtend. Darum möchten auch die Haus- und Straßensammlungen, die Betriebs- und die Sonderspenden einen reichlichen Ertrag geben.

38fache Verteuerung des Lebensbedarfs. Der Bayerische Kurier bringt eine interessante Zusammenstellung über 33 Artikel des täglichen Bedarfs, so z. B. Mehl, Fleisch, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Brot, Gemüse, Bekleidung, Kohlen und Bier in Form einer Gegenüberstellung der Preise von 1914 und denen von heute. Prozentual ausgerechnet beträgt die Steigerung der Preise bei diesen 33 Artikeln des täglichen Bedarfs durchschnittlich das 38fache des Friedenspreises. — Lohn- und Gehaltsempfänger können sich nun leicht selbst ausrechnen, in welchem Maße ihre Bezüge gegenüber 1914 gestiegen sind. Sie werden dabei zu dem Ergebnis kommen, daß diese Steigerungen in den allermeisten Fällen noch lange nicht an die Hälfte der Verteuerung des Lebensbedarfs hinanreichen. Auf der andern Seite sehen sie, in welch unerhörter Weise die großen Unternehmungen, Produzenten und Händler sich bereichern und die Preise täglich von neuem in die Höhe treiben. Dieses Spiel kann natürlich nicht ewig so weitergehen. Eine Steigerung des Elends ist kaum mehr möglich.

Der Achtstundentag darf auch mit Zustimmung der Arbeiter nicht überschritten werden. Arbeitgeber, die Arbeiter mit deren Zustimmung länger als acht Stunden beschäftigen, sollen sich nach einem Urteil des Reichsgerichts nicht strafbar machen. Verschiedene Fachzeitschriften hatten diese Nachricht gebracht. Auch ein hessischer Arbeitgeberverband hat seine Mitglieder darauf hingewiesen. Der Reichsarbeitsminister hat durch eine Anfrage beim Reichsgericht den Sinn des fraglichen Urteils festgestellt. Das oberste Gericht wollte lediglich zum Ausdruck bringen, daß sich bei Ueberschreitung der zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern nur der Arbeitgeber strafbar macht. Auch die neuerlichen Veröffentlichungen von Arbeitgeberseite können zu irrigen Folgerungen veranlassen. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Sozialministerien sämtlicher Landesregierungen gebeten, diesem Irrtum vorkommenden Falles entgegenzutreten.

Herrenlose Tauben. Man schreibt uns: Die herrenlosen Tauben haben sich so vermehrt, daß sie in einigen Stadtteilen zu einer großen Plage geworden sind. Insbesondere sammeln sich die Tauben in großen Scharen an solchen Stellen, wo sie vom Publikum gefüttert zu werden pflegen, und verursachen an den an diesen Futterplätzen gelegenen Gebäuden sowie auf den Fußbahnen ekelerregende Verschmutzungen. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, das Füttern der Tauben auf Straßen und Plätzen zu unterlassen. Die Hausbesitzer werden darauf hingewiesen, daß sie die Schauseiten ihrer Häuser am besten durch Abschrägen der Fensterbänke und Verschließen der Fensterbogen mit Drahtgittern vor den Verschmutzungen durch die Tauben schützen können. — Um der Vermehrung herrenloser Tauben und den dadurch hervorgerufenen Uebelständen entgegenzutreten, wird das Wegfangen dieser Tiere Dienstags und Sonnabends jeder Woche in den frühesten Morgenstunden, spätestens eine halbe Stunde vor Beginn des Volksschulunterrichts, wieder aufgenommen werden. Die Besitzer von Tauben werden aufgefordert, ihre Tauben während der Fangzeit in den Schlägen zurückzuhalten.

Abschaffung der Reisebrotmarken? Die Reisebrotmarken sind auch seit dem vorigen Herbst beibehalten worden, obgleich man seitdem Brot auch ohne Marken bekommen kann. Das billigere Brot soll auch auf der Reise Personen, wie Binnenschiffern, kaufmännischen Geschäftsreisenden, Beamten, Arbeitern auf Montage, Schaustellern, minderbemittelten Erholungsreisenden usw. zugänglich bleiben. Seitdem haben insbesondere die Städte wiederholt die Abschaffung der Reisebrotmarken zur Ersparnis der Kosten der Herstellung der Marken beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft verlangt, insbesondere der Bayerische Städtebund. Der deutsche Industrie- und Handelstag ist ersucht worden, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Er hat seine Mitglieder gebeten, sich nötigenfalls umgehend darüber zu äußern. Die landwirtschaftlichen Interessenten drängen also zur Beseitigung der Reisebrotmarken. Es soll eben überhaupt kein „billiges" Brot mehr geben.

Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins. Dresden-A., Sedanstraße 19, Hth. I. Ein Beweis für die rege Teilnahme, die Sonderausstellung: Neuer Elementarunterricht, eine Einführung in die Arbeit der Versuchsklassen, findet, ist der immer wiederkehrende Wunsch, daß die Ausstellung am Sonntag geöffnet sei. Um diesem Wunsche zu entsprechen und dadurch weitesten Kreisen den Besuch zu ermöglichen, soll das Schulmuseum außer den gewöhnlichen Besuchszeiten auch Sonntag den 12. März von 11 bis 1 Uhr offengehalten werden. Es findet ein einführender Vortrag statt. Anfragen aus Besucherkreisen werden gern beantwortet.

Fahrpreisermäßigung für Studierende. Anläßlich der bevorstehenden Semesterferien der deutschen Hochschulen hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß den deutschen ordentlichen Studierenden der staatlichen und städtischen Hochschulen bei ihren Fahrten in die Ferien zum Besuch der Eltern oder Erzieher eine Ermäßigung um die Hälfte des Fahrpreises der 3. und 4. Wagenklasse zu gewähren ist. Die ausführlichen Bestimmungen sind den sächsischen Hochschulen mitgeteilt worden und können dort sowie bei den Fahrkartenausgaben eingesehen werden.

Reichseinkommensteuer. Das Stadtsteueramt Dresden erinnert die Steuerpflichtigen, die bis 31. Januar in den Besitz des Steuerbescheides über die endgültige Steuerschuld für das Rechnungsjahr 1920 gelangt sind, an deren Zahlung, sowie an die Zahlung der etwa noch rückständigen 1., 2., 3. oder 4. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921. Eine schriftliche Mahnung ergeht nicht, vielmehr erfolgt nach Ablauf von acht Tagen die zwangsweise Beitreibung durch das Vollstreckungsamt.

Sicherheit der Balkone. Zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesundheit der Personen, die die Balkone und Veranden an den Wohnhäusern betreten oder darunter verkehren, werden alle Grundstückseigentümer und alle Inhaber von Balkonen vom Rat zu Dresden (Baupolizeiamt) aufgefordert, dem Zustande der Balkone und Veranden besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sie auf diesen Zustand hin von einem Fachmann untersuchen zu lassen.

Richtigstellung. Herr Böttchermeister Robert Hempelt, Schäferstraße 25, teilt mit, daß er mit dem Böttchermeister Hempelt, der am Montag eine Gasvergiftung erlitten hat, nicht identisch ist.

Aufgefundener Fötus. Am 9. März ist in einem Schleusenloch am Günzplatz ein Fötus männlichen Geschlechts, etwa drei bis vier Monate alt, gefunden worden. Wer Angaben über die Kindesmutter machen kann, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

Einbrecher und Hehler festgenommen. Von der Kriminalpolizei wurde ein Buchbinder von hier als derjenige ermittelt und festgenommen, der Ende Februar aus einem Kontor an der Wettinerstraße mittels Einbruchs zwei Schreibmaschinen stahl. Die beiden Schreibmaschinen, von denen er eine nach Berlin verschob, die andre hier in einem Keller versteckte, konnten wieder herbeigeschafft und den Geschädigten zurückgegeben werden. Zwei Komplicen, die als Helfershelfer und Hehler in Frage kommen, wurden ebenfalls festgenommen. Diese drei Personen kommen auch noch zu Kellereinbrüchen und zu größeren Kartoffeldiebstählen aus Mieten in Mäusegast in Frage.

Diebstähle. Am 8. März, zwischen 3½ und 5 Uhr nachmittags, haben Klingelfahrer aus einer Wohnung an der Ostbahnstraße ein neues dunkelblaues Mantelkleid, mit schwarzer Tresse besetzt, einen graugrünen Regenmantel, eine kleine Reise-Standuhr, etwa 10 Zentimeter im Quadrat, in dunkelm Lederetui, ein Opernglas mit schwarzem Lederüberzug, sowie eine neue Lederbriefmappe mit zwei Druckknöpfen und einem kleinen Geldbetrag gestohlen. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf der Sachen und bittet um sachdienliche Mitteilungen. — Wegen Diebstahls eines größeren Postens Zigaretten in einer hiesigen Fabrik, wurde der als Wächter dort angestellte Oberpostschaffner a. D. H. zusammen mit seinem Sohne, der als Hehler in Frage kommt, von der Kriminalpolizei festgenommen. H. hat sich in der Nacht zum 10. März in einer Zelle des Polizeigefängnisses mit Hilfe seiner Schnürsenkel erhängt.

Reichstag und Reichsmietengesetz. Ueber dieses wichtige Thema wird in einer am Sonntag, 11 Uhr vormittags, im Volkswohlsaal, Trabantengasse, stattfindenden Versammlung, die vom Allgemeinen Mietbewohnerverein einberufen wird, verhandelt. Die Referate halten die Bundesvorsitzenden Herrmann und Rechtsanwalt Groß.

Die 18. Volksschule veranstaltet anläßlich ihres 40jährigen Bestehens am 18. März, abends 7½ Uhr, in den Blumensälen eine Schulfeier. „Jugendlust" in Reigen, Tanz und Spiel wollen die beiden ersten Mädchenklassen zeigen und „Vom Menschenleben" wird der Schulchor singen und sagen. Eltern, ehemalige Schüler, Gönner und Freunde der 18. Volksschule sind willkommen. Der Reinertrag soll zur Anschaffung eines Schulkinos dienen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Bez. Neustadt-West, hält seine Mitgliederversammlung am Sonnabend, abends 7 Uhr, im Restaurant Neustädter Löwenbräu, Königsbrücker Straße, ab. Tagesordnung: Das neue Verfahren im Versorgungsamt. Referent: Kamerad Richter, vom Gauvorstand. — **Bezirk Löbtau.** Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Restaurant Weißer Adler Gohlis Straße, Versammlung. Wichtige Tagesordnung. — **Bezirk Altstadt.** Montag, abends 7 Uhr, Monatsversammlung der Kriegerhinterbliebenen im Restaurant Kaulbachhof, Kaulbachstraße. Dienstag, abends 7 Uhr, Monatsversammlung der Kameraden im Johanneshof, Johannesstraße.

Proletarische Freidenker. Ortsgruppe **Dresden.** Versammlungen der Untergruppen. **Mickten-Kaditz-Uebigau:** Sonnabend, 7½ Uhr, Rankeschlößchen, Rankestraße. Religion und die Frau. — **Innere Neustadt-Antonstadt:** Montag den 13. März, 7½ Uhr, Restaurant Engel, Böhmische Straße 41. Die Furcht. — **Löbtau:** Dienstag den 14. März, 7½ Uhr, Gute Quelle, Reisewitzer, Ecke Frankenbergstraße. — **Laubegast-Tolkewitz:** Dienstag den 14. März, 7½ Uhr, Restaurant Kleiner Anker, Uferstraße. — **Cossebaude-Stetzsch-Gohlis:** Dienstag den 14. März, 7½ Uhr, Talschänke, Talstraße, Cossebaude. — **Striesen-Blasewitz:** Dienstag, den 14. März, 7½ Uhr, Pohlandgarten, Pohlandstraße, Ecke Bittenberger Straße. Giordano Bruno. — **Gorbitz und Umg.:** Dienstag den 14. März, 7½ Uhr, Bretschneiders Restaurant, Leßkestraße (früher Schulstraße).

Dresdner Umgebung

Dresden-Briesnitz, -Leutewitz, -Stetzsch, Cossebaude. Die Not im Friseurgewerbe. Man schreibt uns mit der Bitte um Veröffentlichung: „Als eins der Gewerbe, die ganz besonders unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen zu leiden haben, kommt zweifellos das Friseurgewerbe in Betracht. Während die sprunghafte Teuerung auf allen Gebieten anfänglich mit Murren, dann aber mit Selbstverständlichkeit hingenommen wurde, man am meisten gegen die ihr folgende, unvermeidliche Preiserhöhung in den Friseurstuben. Es sollte doch jeder Arbeiter, jeder Beamte und Selbständige selbst berechnen, was der Friseur nach Abzug der langen Bereitschaftszeit sowie der Unkosten für Lohn, Ladenmiete, Heizung, Licht, Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer, Seife, Wäsche und Handwerkszeug stündlich verdient. Man wird dann den Verdruß und Aerger der Friseure verstehen, wenn ihnen Kunden wegen der Preiserhöhung untreu werden und sich Pfuschern anvertrauen, bei denen Geschmack, solide Arbeit und Hygiene vollständig ausgeschaltet sind. Die Bedienungspreise halten noch immer jeder Nachprüfung stand und sind, den heutigen Verhältnissen angemessen, eher noch zu niedrig bemessen."

Radeberg. Grabplünderung. In der Zeit vom Sonntag bis Dienstag sind von einem Kindergrabe die dort von Mutterhand auf den kleinen Hügel gepflanzten Blumen gestohlen worden. Hoffentlich gelingt es, diese Uebeltäter zu fassen und sie der wohlverdienten Strafe zuzuführen.

Aus dem Parteileben

Jungsozialisten Neustadt

Sonnabend, abends 8 Uhr, im Jugendheim: **Bezirksversammlung.** Thema: Arbeiterjugend und Jungsozialisten. Erscheinen ist Pflicht.

6. Unterbezirk

Gruppe Niederseidlitz. Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Louisenhof Gruppensitzung. Anschließend Flugblattverbreitung. In Anbetracht der am 19. März stattfindenden Gemeinderatswahl ist es unbedingte Pflicht aller Genossen und Genossinnen zu erscheinen.

Jungsozialisten der Gruppe Altstadt. Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Weißen Schleife, Wettinerstraße, Fortsetzung der Besprechung des Buches: Die Geschichte des Sozialismus. Gäste willkommen. Es wird gebeten, pünktlich zu sein. Punkt 7 Uhr wird begonnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Fürsorgewesen und Schulfragen

Einundzwanzig Tagesordnungspunkte wurden in der gestrigen Sitzung ohne jede Berichterstattung und Debatte erledigt. Trotzdem befanden sich darunter nicht unwichtige Vorgänge, die in den Beratungen der berichterstattenden Ausschüsse längere Auseinandersetzungen hervorgerufen hatten. So u. a. die Erhöhung der Unterstützungssätze des Fürsorge- und Jugendamtes, die nach der Ratsvorlage vom 1. Februar an eintreten sollte, aber nach dem Vorschlag des sozialdemokratischen Hauptberichterstatters bereits vom 1. Januar an gewährt werden müßte. Die je nach Alter, Geschlecht und Familienart der Empfänger gestaffelten Erhöhungen betragen in je einem Fall 55 Prozent und 70 Prozent, in drei Fällen 75 Prozent und in zwei Fällen 100 Prozent der bisher gewährten Sätze.

Fast der ganze Abend jedoch wurde mit dreikommunistischen Anträgen ausgefüllt, von denen der von Frau Böhme begründete bei einer sorgfältigen Durcharbeitung in den Ausschüssen wertvolle Anregungen für das immerhin noch des weiteren Ausbaues bedürftige Dresdner Fürsorgewesen bringen wird. Der Antrag selbst bekam noch durch die sachkundige Art der Begründung Gehalt. Das Verlangen des Kommunisten Gruner nach einer anderweiten Regelung des Wasserzinses für die öffentlichen Zapfstellen an den Schrebergärten wird im Finanzausschuß auf seine Wirkung nachgeprüft werden müssen, falls überhaupt technisch die Möglichkeit zu einer solchen Regelung besteht. Eine total verpuffte Aktion jedoch bedeutet der Antrag Schrapel, der Stellung zu dem im Landtag zur Beratung stehenden Schulbedarfsgesetz in 15 Spezialvorschlägen nehmen wollte. Die Durchberatung dieser Vorschläge im Plenum oder einem Ausschuß wäre gleichbedeutend mit einer Beratung der ganzen Gesetzesmaterie gewesen. Das wäre praktisch überhaupt nicht durchführbar, da bei solchen Verhandlungen ja die Referenten der Regierung sowie die in Frage kommenden Minister nicht zugezogen werden können, wie das im Landtag der Fall ist. Wer da weiß, daß Regierungsvorlagen den Rechtsausschuß des Landtages in Gemeinschaft mit den Regierungsvertretern oft wochenlang in Anspruch nehmen, muß das unfruchtbare Lezimmen einsehen, den an sich schon überlasteten, nur abends arbeitenden Ausschüssen im Stadtverordnetenkollegium einen solchen Ballast ans Bein zu binden. Eine Volksversammlungsrede wurde aus der Begründung des Antrages durch Schrapel, inhaltlich sowohl als auch in der äußeren Aufmachung. Das wurde ihm durch unsre Genossen Jungnitsch und Dölitzsch sehr treffend gesagt. Wenig erhebend war hierbei allerdings, daß der von dem unabhängigen Kultusminister Fleißner dem Landtag herübergegebene Entwurf in vielen Teilen die einmütige Verurteilung aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, fand. Und zwar nicht wegen verschiedener grundsätzlicher Auffassung, je nach der Parteirichtung, sondern weil er eine erhebliche Verschlechterung des Dresdner Schulwesens und vielleicht auch der mancher andrer Städte bringt. Der unabhängige Stadtverordnete Rösch suchte diesen Eindruck zu verwischen, indem er die Schuld auf den Finanzminister Heldt abwälzte. Fleißner habe seine weitergehenden Verbesserungen nicht durchsetzen können, wegen des von Heldt geleisteten Widerstandes. Genosse Wirth, der überdies diese Agitationspolitik treffend kennzeichnete, stellte demgegenüber fest, daß Fleißner davon in der Kammer kein Wort gesagt habe, worauf sich Rösch auf eine Rede des Unabhängigen Müller zurückzog. Richtiger war, die Unabhängigen hätten sich angesichts der ganz allgemeinen Beurteilung der Vorlage nicht hinter einen sozialdemokratischen Minister verkrochen. Das Richtige in der langen Auseinandersetzung traf der Antrag Jungnitsch, der eine Verschlechterung unsers Schulwesens sowie eine Verbauung des Weges zu weiteren Fortschritten verhindert wissen will. Etwas an Ueberhebung litt wohl Schrapel, wenn er meint, man lehne seinen Antrag nur ab, weil er von kommunistischer Seite komme. Er müßte doch selbst beobachtet haben, daß mangelndes Interesse des ganzen Hauses an seiner weitschweifigen Rede bei der Begründung der beiden andern kommunistischen Anträge in ungeteiltem Maße vorhanden war. Nicht die Parteirichtung der Redner war bisher der Maßstab für die Aufmerksamkeit des Hauses, sondern Zweck und Inhalt der Rede. Das zeigte sich auch bei der gestrigen Abstimmung in der Ablehnung des Antrags Schrapel, den man — erstmalig seit Zusammentritt des gegenwärtigen Kollegiums — nicht einmal einem Ausschuß überwies.

•

Stadtverordnetensitzung vom 9. März

Auf einen Antrag der Stadtverordneten vom 7. Juli 1921 teilte der Rat mit, daß das Mieteinigungsamt schon seit Anfang Juni 1921 den Mietern eine Abschrift von den Anträgen auf Mietzinserhöhung zugehen läßt, die Mieter dürften auch Einsicht in die Akten und in die von den Vermietern beigebrachten Belege nehmen. Von der Eingabe des Mietbewohnervereins, in der die Spruchpraxis der Spruchkammern gemißbilligt wird, hat der Rat Kenntnis genommen und es dabei bewenden lassen.

Ferner lag eine Ratsmitteilung vor, des Inhalts, daß durch die Gewerkschaften bei einem etwaigen künftigen Eisenbahnerstreik die Lebensmittelversorgung gewährleistet wird.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Ratsvorlage:

Erhöhung der Unterstützungssätze des Fürsorge- und des Jugendamtes.

Der Verwaltungs- und der Finanzausschuß empfehlen, 1. in teilweiser Abweichung von der Ratsvorlage

a) die Erhöhung der Bedarfssätze des Fürsorge- und Jugendamtes nach den Vorschlägen des Fürsorge-Ausschusses unter 1 bis 5 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 — nicht, wie der Rat vorschlägt, vom 1. Februar 1922 — an eintreten zu lassen,

b) spätestens bei Veränderung der Erwerbslosenunterstützungssätze in eine Nachprüfung der Bedarfssätze einzutreten,

c) den durch Erhöhung der Bedarfssätze nötig werdenden Aufwand in Höhe von schätzungsweise 1 670 000 M. — nicht, wie der Rat vorschlägt, 1 190 000 M. — für den Rest des Rechnungsjahres 1921 zu bewilligen und für 1922 in Höhe von schätzungsweise 8 700 000 M. in den Haushaltplan einzustellen, sowie

2. die Eingabe der Sächsischen Invalidenrentner-Vereinigung für erledigt zu erklären.

Die Vorschläge des Fürsorgeausschusses lauten:

	E.-U. M.	künft. Satz d. Jugd.-Amts M.	bish. Satz M.	Steigerung in %
1. Selbständige über 21 Jahre				
a) Mann . . .	111,—	90,—	52,—	75
b) Frau	90,—	80,—	52,—	55
2. Unselbständige ohne eig. Haush.				
a) Mann . . .	90,—	76,—	38,—	100
b) Frau	80,—	66,—	38,—	75
3. Ehepaare (Summe d. 1a u. 2b)	168,50	136,—	80,—	70
4. Kinder	45,—	45,—	26,—	75
5. Monatl. Pflegegeld f. Fehlkind. als Höchstsatz	300,—	150,—	150,—	100

Das Ausschußgutachten wurde ohne Debatte angenommen.

Von dem Verzeichnis derjenigen Wohnungsuchenden, denen infolge Zahlung einer Abfindungssumme eine Wohnung zugewiesen worden ist, wurde Kenntnis genommen, hierüber aber der Rat ersucht,

a) in Zukunft, wo irgend angängig, statt der Abfindungssumme die Erstellung von Wohnungen zu fordern und von Ausländern entsprechende Valutazuschläge zu verlangen,

b) in der Regel in den Fällen, in denen Dresdner Einwohner Anspruch auf dieselbe Wohnung unter den gleichen Bedingungen haben wie Ausländer, jene zuerst zu berücksichtigen,

c) von den dem Wohnungsamt zur Verfügung stehenden Geldmitteln sobald als möglich Wohnungen zu errichten.

Durch Ausbau des Wohnungsbeirats soll für eine ordnungsgemäße Erledigung der Geschäfte Sicherheit geboten werden.

Einer weiteren Ratsvorlage gemäß wurde beschlossen, die in der Ordnung über Tagegelder und Reisekosten vom 26. Mai 1921 vorgesehenen Tagegelder allgemein um 50 Prozent zu erhöhen und diese Erhöhung vom 15. Februar 1922 an in Kraft treten zu lassen.

Der Rat hat die Gewährung einer Entschädigung von 25 Pf. als

Beitrag zu den Wahlunkosten

für jeden abgegebenen Stimmzettel an diejenigen Parteien und Gruppen, die Listen zur Stadtverordnetenwahl einreichen, sowohl für die letzte Wahl wie auch für die Zukunft, grundsätzlich abgelehnt. Das Ausschußgutachten lautete: Kollegium wolle beschließen,

a) von dem Schreiben des Rates Kenntnis zu nehmen und

b) auf seinem Beschlusse vom 20. Dezember 1921 bestehen zu bleiben, wonach die Stadt Dresden den Parteien, die Listen zur Stadtverordnetenwahl am 13. November 1921 einreichten, für diese Wahl eine Entschädigung von 25 Pf. für jeden abgegebenen Stimmzettel als Beitrag zu den Wahlunkosten zahlen soll.

Ohne Aussprache wurde demgemäß beschlossen.

Zugestimmt wurde der Erhöhung der Bäderpreise in den städtischen Volksbadeanstalten (für ein Brausebad von 60 Pf. auf 1 M. und für ein Wannenbad von 1,50 M. auf 2,50 M.).

Ein Antrag Gruner (Komm.) ersuchte den Rat,

a) den Beschluß der 2. Ratsabteilung aufzuheben, der dahin geht, in die öffentlichen Zapfstellen, die zur Entnahme von Wasser zum Gießen der Schrebergärten dienen, Zähler einzubauen,

b) für das Jahr 1922 für das aus diesen Zapfstellen entnommene Wasser einen Pauschalbetrag für das Geviertmeter Gemüseland festzusetzen.

Der Antragsteller befürchtete von dem Ratsbeschluß einen Rückgang des Schrebergartenbaues. Der Antrag ging an den Finanzausschuß.

Dann kam ein Antrag der Frau Böhme (Komm.) auf

Vereinheitlichung des Fürsorgewesens

zur Beratung. Danach wird der Rat ersucht,

a) einen Ausschuß einzusetzen, der beauftragt wird, die gesamten Gebiete der Fürsorge aller Art zu überprüfen und festzustellen, ob, inwieweit und wie eine organisatorische Vereinheitlichung der Fürsorgetätigkeit Platz zu greifen hat,

b) in dem Ausschusse dem Schul-, dem Jugend-, dem Fürsorge- und dem Erwerbslosenausschusse, den wichtigsten Organen und Organisationen für Fürsorgemaßnahmen vom Mutter- und Säuglingsschutz bis zur Kranken- und Altersversorgung eine Vertretung einzuräumen,

c) den Ausschuß zu ermächtigen, aus seiner Mitte einen kleineren Arbeitsausschuß zu bilden, dem die Aufgabe der Ausarbeitung von Vorlagen für den Gesamtausschuß und die Bearbeitung von Anregungen des Gesamtausschusses zu übertragen wäre,

d) dem Ausschusse aufzugeben, seine Aufgaben so zu fördern, daß er Ende des Jahres 1922 dem Rate Vorschläge übermitteln kann und

e) den Stadtverordneten sodann noch vor Ostern 1923 eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Auch hier wurde Ausschußberatung beschlossen.

Eine Schuldebatte.

Ein dritter kommunistischer Antrag (Schrapel) lautete:

I. Bei der Landesregierung und dem Landtag Protest einzulegen gegen alle die Bestimmungen des Entwurfes eines Schulbedarfsgesetzes — 101. Vorlage —, die geeignet sind, die Entwicklung des städtischen Schulwesens zu hemmen oder gar zurückzuschrauben, insbesondere Stellung zu nehmen a) gegen den § 5, der die Möglichkeit bietet, die vom Staate übernommenen Schullasten im Anrechnungsverfahren den Gemeinden wieder aufzubürden, b) gegen den § 8 Absatz 2, welcher den Ausbau der Schulen der minderbemittelten Schichten unterbindet, c) gegen die Bestimmungen des § 6, durch welche die Besoldungen für Ueberstunden, Kindergärtnerinnen und schulärztliche Ueberwachung weiterhin von den Gemeinden getragen werden sollen, d) gegen die Herabsetzung der Unterrichtsstundenzahl (§ 31) und e) gegen das Heraufsetzen der Pflichtstundenzahl der Lehrer,

II. demgegenüber bei der Landesregierung und dem Landtag einzutreten: a) für die Uebernahme der gesamten Schullasten einschließlich der Sachleistungen auf den Staat, b) für Gewährung aller Lern- und Lehrmittel an die Schulen durch diesen, c) für Eingliederung der Kindergärten in den Aufgabenbereich der Volksschule, d) für Unterstellung aller Fach-, Fortbildungs-, Gewerbe-, Handels- und sonstigen Berufsschulen unter das Unterrichtsministerium, e) für Dienstbarmachung aller Unterrichts- und Bildungsinstitute für die fortbildungsbeflissene Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft, f) für die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten und Gewährung des dazu nötigen Urlaubs für Lehrer, g) für Festsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer aller Schulen auf 24, h) für das Mitbestimmungsrecht aller beteiligten Kreise bei der Wahl der Lehrer, i) für die Wiedereinführung der ständigen Bilder in allen größeren Schulorganismen und k) für Einrichtung von Versuchs- und Produktionsschulen auf landwirtschaftlicher und industrieller Grundlage im Sinne der Arbeitsschuldee,

III. den Rat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten und ihn auch dem Sächsischen Gemeindetage mit der Bitte um Beitritt zu unterbreiten.

Stadtv. Schrapel begründet den Antrag in längeren Ausführungen und meinte, es sei unverständlich, warum man nicht alle Schullasten einschließlich der Sachlasten auf den Staat übernehmen wolle. Die ganze Sache wäre nichts weiter als eine Umbuchung. Ueberall wäre ein Herabdrücken auf ein niederes Maß der Entpialung zu konstatieren. Im Unterrichtsministerium wäre nicht das geringste Verständnis für die Fortentwicklung der Schule der werktätigen Bevölkerung vorhanden. Der Gesetzentwurf belastete den proletarischen Vater, während die Kuxter doch auf die Allgemeinheit umgelegt werden sollten. Der Gesetzentwurf dürfe auf keinen Fall in der vorliegenden Form Gesetz werden.

Genosse Jungnitsch erklärte, nicht in der Lage zu sein, dem Vorredner folgen zu können. Kollege Schrapel habe seine Rede an einer falscher Stelle gehalten, indem er die Tribüne der Stadtverordneten für eine Volksversammlung gehalten habe. Der Gesetzentwurf bedrückt auch uns in vieler Beziehung, es hat aber gar keinen Zweck, sich hier in Einzelheiten zu verlieren und doch zu keiner Lösung zu kommen. Deshalb stellen wir den Antrag, den Rat zu ersuchen, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß durch das Schulbedarfsgesetz das Dresdner Schulwesen nicht von der gegenwärtigen Höhe herabgedrückt und der Weg zu weiterer Entwicklung verbaut wird.

Stadtv. Claus (Dem.) stellte sich auf den Boden des Antrages Jungnitsch. Einen Protest halte aber auch er für am Platze. Der Hauptvorwurf, der dem Gesetzentwurf zu machen sei, ist der Nivellierung. Das Großstadtschulwesen wird auf das Niveau der Dorfschule herabgedrückt.

Stadtv. Kühn II (Dnat. Vp.) unterstützte ebenfalls den Antrag Jungnitsch. Das Schulwesen in Sachsen wäre schon früher vorbildlich in der ganzen Welt gewesen.

Genosse Dölitzsch legte dar, daß mit dem Antrag Jungnitsch das erreicht werde, was für die Stadt Dresden überhaupt erreicht werden könne. Bei Annahme des Antrags Jungnitsch würde man einen größeren Einfluß auf die Beratungen des Landtages ausüben, als wenn man Forderungen aufstelle, auf die nicht die geringste Rücksicht genommen werden könne.

Stadtv. Rösch (U. Soz.) griff die Stellung der Rechtssozialisten in der Steuerfrage an und erblickte im Antrag Jungnitsch eine verwässerte Ausgabe des Antrags Schrapel. Er behauptete auch, daß der Finanzminister die weitergehenden Forderungen des Kultusministers herabgedrückt habe. Seine Freunde würden für den Antrag Schrapel eintreten.

Genosse Wirth: Wenn wir unsre alten Forderungen nicht vollinhaltlich durchführen können, so liegt das nicht am guten Willen. Forderungen aufstellen ist keine Kunst, aber man muß doch auch einen Weg zeigen, wo die Mittel herkommen sollen. Wir können als Stadtverordnete auch dem Landtage nicht vorschreiben, wie er das Gesetz gestalten soll, wir können nur Wünsche äußern. Herr Rösch hat gesagt, der Finanzminister habe in weitgehender Weise die Forderungen des Kultusministers herabgedrückt. Ich muß es dem Finanzminister überlassen, sich über diesen Punkt mit Herrn Rösch auseinanderzusetzen. Im Landtage habe der Kultusminister Fleißner davon nicht ein Wort gesagt.

Stadtv. Rösch berief sich auf eine Bemerkung seines Parteifreundes Müller im Landtag, die unwidersprochen geblieben wäre.

Stadtrat Dr. Matthes: Mit der Grundidee des Antrags Schrapel ist auch das Schulamt einverstanden. Der Entwicklung des großstädtischen Schulwesens drohe durch den Gesetzentwurf eine Unterbindung. Der Rat müsse sich die Stellungnahme zum Antrag Jungnitsch vorbehalten, der Antrag Schrapel enthalte jedenfalls Zielforderungen, die eingehende Beratungen erforderten und heute nicht verabschiedet werden könnten, zum Teil sei er auch undurchführbar.

Schließlich wurde der Antrag Jungnitsch mit dem Zusatz Claus, „das Schulamt mit der Begründung des Antrags zu beauftragen", gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen und der Antrag Schrapel mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt.

Stadtv. Rösch motivierte später die Abstimmung seiner Fraktion durch folgende Erklärung:

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sah durch die Form der Abstimmung nicht die Möglichkeit, im Falle der Ablehnung des Antrags Schrapel für den Antrag Jungnitsch zu stimmen. Sie erklärt deshalb, daß sie bei andrer Form der Abstimmung nach Ablehnung des Antrags Schrapel für den Antrag Jungnitsch gestimmt hätte.

Gewerkschaftsbewegung

Angestelltenstreik in der Dresdner chemischen Industrie

Von der Zentralstreikleitung wird uns geschrieben:

Seit Monaten kämpfen die Angestellten der chemischen Industrie um eine Bezahlung, die in der außerordentlich glänzenden Konjunktur dieses Industriezweiges eine Grundlage hat. In fast allen Teilen unsres Vaterlandes, in denen die chemische Industrie heimisch ist, werden höhere Gehälter für die Angestellten dieser Industrie gezahlt als gerade in Dresden obwohl wir in Dresden eine Anzahl außerordentlich großer Firmen haben, so die Firmen: Heyden, Gehe u. Co., Lingner-Werke, Helfenberg usw. Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie schützt sich gegen zeitgemäße Gehälter durch Anschluß an den Dresdner Zentralausschuß für Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe. 10 Prozent wollte dieser Industriezweig jeweils mehr zahlen über die dort festgelegten Gehälter. Das genügte selbstverständlich der Angestelltenschaft nicht, da sie tagtäglich sehen mußte, welche ungeheuren Verdienste in der chemischen Industrie erzielt wurden.

Im Oktober 1921 ging der Streik vorüber, obwohl die Angestelltenschaft auch damals aufs höchste empört war. Seit Anfang Dezember 1921 ist es bisher nicht möglich gewesen, eine ordnungsgemäße Gehaltsregulierung festzulegen. Den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch über das Dezember-Gehalt hat der Arbeitgeberverband nicht angenommen, obwohl dieser Schiedsspruch keine materielle Belastung brachte. Für die Monate Januar und Februar setzte der Schlichtungsausschuß abermals für die chemische Industrie die Großhandelsgehälter + 10 Prozent fest. Mit überwältigender Mehrheit wurde dieser Schiedsspruch von der Angestelltenschaft abgelehnt.

Die Angestelltenorganisationen glaubten indessen, vor Ergreifung des letzten Mittels noch einmal den Arbeitgebern Gelegenheit zu geben, den Wirtschaftsfrieden zu wahren. Auf das am Montag überreichte Ultimatum, bis Mittwoch mittag die Verhandlungen zu Ende zu führen, wurde erst am Mittwoch früh geantwortet und auch in der anberaumten Versammlung am Mittwoch nachmittag betont, daß eine Verhandlung für Januar und Februar nicht in Frage kommen würde. Die Arbeitgeber wußten, daß die Angestelltenschaft Wert auf endgültige Regelung der Januar- und Februar-Gehälter legte und mußten sich darüber klar sein, daß eine solche Stellungnahme ganz naturgemäß als eine Herausforderung betrachtet werden mußte. Die Empörung der Angestelltenschaft wurde zur Siedehitze gesteigert. Wir haben die Auffassung, daß es den Arbeitgebern nur darauf ankam, einmal eine Machtprobe in Dresden vorzunehmen. Aus diesem Grunde haben sie wohl auch die Verhandlung in später Abendstunde abgebrochen, obwohl ihnen die Organisationen erklärten, die ganze Nacht durch verhandeln zu wollen, um nach Möglichkeit auch einen Streik zu verhindern. Es war aber selbstverständlich, daß die Organisationen die Angestelltenschaft zu einer Versammlung am Morgen des 9. März einladen mußten, um ihnen Bericht über die in der Nacht stattgefundenen Verhandlungen zu geben. Diese Tatsache wurde von seiten der Arbeitgeber schon als Ausbruch des Streiks betrachtet. Wie sie mitteilten, seien sie nicht bereit, während eines Streikes zu verhandeln.

Wir glauben, daß diese Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes einzig dasteht, denn letzten Endes müssen ausgebrochene Streiks doch einmal wieder beendet werden, und es dürfte sich kaum eine Organisation finden, die ihren Mitgliedern empfiehlt, erst die Arbeit aufzunehmen und dann zu verhandeln, dann wäre ja überhaupt ein Streik sinnlos. Von der Angestelltenschaft wurde beschlossen, zunächst eine Anzahl der großen Betriebe zu bestreiken, jedoch ist anzunehmen, daß bei einer längeren Dauer des Streiks die gesamte chemische Industrie Dresden erfaßt wird.

Vor ernsten Kämpfen im Versicherungsgewerbe

Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Versicherungsgewerbe und den Angestelltenorganisationen wurde im Dezember 1921 ein Reichstarifvertrag abgeschlossen, dessen Gehaltssätze bis 30. April 1922 Geltung haben. Auf Grund einer tariflichen Bestimmung sind die Parteien verpflichtet, in Fällen unvorhergesehener Art schon während der Vertragsdauer Verhandlungen über eine Erhöhung der Gehälter eintreten zu lassen. Es bedarf gar keines Hinweises, daß sich die Verhältnisse seit Dezember 1921 derartig verschlechtert haben, daß die Voraussetzungen zur Aufnahme von Verhandlungen gegeben sind.

Der Arbeitgeberverband für das Versicherungsgewerbe hat jedoch in einer am 4. März in Nürnberg abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, es abzulehnen, mit den Spitzenorganisationen zu verhandeln, um eine Teuerungsausgleichszulage für die Zeit bis zum 30. April zu gewähren, da die im Dezember 1921 vereinbarten Gehälter so bemessen worden seien, daß sie auch den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werden.

Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb sofort das Reichsarbeitsministerium angerufen, um dessen Eingreifen zu ermöglichen. Sonach besteht noch Aussicht, in den nächsten paar Tagen zu Verhandlungen zu gelangen. Sollte der Arbeitgeberverband, was man aus seinem bisherigen Verhalten an

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220310/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nehmen muß, auch weiterhin jede Verständigungsmöglichkeit ablehnen, so besteht die Gefahr ernster Kämpfe im Versicherungsgewerbe. Der Z. d. A. macht schon jetzt die Oeffentlichkeit hierauf aufmerksam.

Aussperrung der englischen Metallarbeiter perfekt?

London, 9. März. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie, die die Vermeidung der Aussperrung am 11. März bezweckten, sind endgültig gescheitert.

Die Streikgefahr in Mitteldeutschland. Ein Streik der Angestellten in Halle steht bevor. Die Angestellten haben den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses mit 90 Prozent abgelehnt und den Arbeitgebern ein Ultimatum gestellt, bis Freitag mittag die Forderungen der Angestellten restlos anzunehmen, widrigenfalls der Streik am Sonnabend beginnen werde. Der Reichsarbeitsminister ist telegraphisch unterrichtet worden. In der Ascherslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft ist die gesamte Belegschaft von 4000 Mann wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Vereine, die noch Karten benötigen zum Vortragsabend am 18. März im Volkshaussaale, wollen sofort Meldung erstatten an K. Peschke, Dresden-A., Konkordienstraße 38, 2. — Dresden-A. (1. Abt.) 12. März Tageswanderung in die Rauensteine (Sächs. Schweiz). Treffpunkt 5¾ Uhr in der Kuppelhalle des Hauptbahnhofs. 14. März Versammlung in der Eiche. Beginn 8½ Uhr. Turnstunden: Dienstags und Freitags 7—9 Uhr im Vitzthumschen Gymnasium, Dippoldiswaldaer Gasse 9. — Klotzsche. 11. März Mondscheinpartie nach der Hofewiese. Abmarsch 7½ Uhr (Ecke Parkstraße, Lindenpark). Liederbücher und Musikinstrumente mitbringen. — 5. Gruppe. 12. März, vorm. 10½ Uhr, Vorturnerstunde in Ottendorf; alle Vereine müssen vertreten sein, da die Bundesfestübungen durchgenommen werden.

Kursus für Kinderturnwarte. 13. März, abends 6 Uhr, Löbtau, Herbertstraße. Bericht über die Besichtigung der Musterklassen der Bundesschule in Leipzig, darauf Vortrag über: Die Leibesübungen im Kindesalter, dann Ordnungsübungen, Schritt- und Hüpfarten. Seid pünktlich.

F. K. D. 11. März, abends 6½ Uhr, Probe in der Schulturnhalle, Herbertstraße. Turnordnung: 1. Kunstfreiübungen, 2. Bundesfest-Gerätewettübungen, 3. Spezialstätten an den Hauptgeräten. Anschließend Sitzung bei Schneider, Kesselsdorfer Straße. Erscheinen aller alten und recht viel neuer Genossen erwünscht.

Athletik-Vereinigung Radeberg. 11. März, 7½ Uhr, im Restaurant zur Quelle Versammlung. 19. März im Roß Sportabend. Karten können beim Vorsitzenden Tiehe, Weststraße 2, entnommen werden.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Dresden. Freitag, 10. März, Kreisausschuß-Sitzung im Volkshaus, pünktlich 7 Uhr.

Briefkasten

Quittung. An freiwilligen Beiträgen gingen im Bezirkssekretariat ein: Kauermägel IV 355 M. Briefkasten durch Lombach 21 M. Desgleichen für die Kinderschutzkommission: Lippold 3 M., Schunk 3 M., Sierks 3 M. Max Pinkert.

A. H., Briesnitz. Ihre Mutter kann sich bei der Sächsischen Altersrentenbank, Antonsplatz 3, melden. Bedingung für Gewährung einer bestimmten Rente von der Altersrentenbank ist die Einzahlung eines bestimmten Kapitals. Bis 17. März muß die Einzahlung bewirkt werden, wenn der Lauf der Rente am 1. April 1922 beginnen soll. Nähere Auskünfte bekommen Sie bei der Geschäftsstelle der Altersrentenbank.

4. Klasse 180. Landeslotterie

2. Ziehungstag am 9. März 1922. — (Ohne Gewähr.)

120 000 M. auf Nr. 99646.
90 000 M. auf Nr. 13704.
10 000 M. auf Nr. 39907 127210 128671.
5000 M. auf Nr. 9067 82142 120617.
3000 M. auf Nr. 12068 68751 76606 92855 112285 129098.
2000 M. auf Nr. 28898 49514 65873 70817 75007 76488 92063 93891 105125 110784 115707.
1000 M. auf Nr 2482 4344 4966 5063 5890 6768 7709 11428 11487 11647 12251 13734 15700 16056 16420 18057 19710 21281 22108 24305 24317 25079 25191 25225 25273 25704 28703 28855 29153 31361 31424 32272 35069 35713 36308 36667 36814 36883 37484 39589 39268 39980 40746 41013 41632 42007 42367 44971 45211 46283 46356 48751 49110 50095 50177 51275 52197 53186 56171 56172 56476 57679 57989 58650 59604 60731 60817 62178 63057 63576 64378 64533 64685 66042 68414 68538 68707 69870 71558 71885 72092 72771 73716 74517 75065 75434 75672 75838 76104 77755 77809 78479 78686 81406 81418 82338 82498 83100 88702 84048 85035 85647 85651 86094 87922 90614 90779 91284 93143 93909 94842 94858 95190 95748 96552 97399 98734 101280 102482 103769 104801 105107 106166 106281 106679 107187 107425 107518 107795 109842 110823 111756 112518 112645 113072 118894 114191 117009 118255 119048 119224 119756 121320 122032 122842 123853 124697 125415 126367 126580.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Rochmann; für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für den 8. Kreis und Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für den Inseratenteil: Max Weicholt, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Die diesjährige **Stutenmusterung und Fohlenschau** soll für die Zuchtgebiete
1. Copitz am 11. Mai, 9 Uhr vorm.,
2. **Moritzburg am 15. April,** 9 Uhr vorm.,
3. Kamenz am 15. Mai, 9 Uhr vorm.,
4. Dippoldiswalde am 16. Mai, 11 Uhr vorm.,
5. Kesselsdorf am 19. April, 8½ Uhr vorm.,
6. Großharthau am 13. Mai, 10½ Uhr vorm.
abgehalten werden.

Preise sind ausgeworfen:
1. für die Zuchtgebiete Copitz, Moritzburg, Kamenz und Kesselsdorf für 3- und 4jährige selbstgezogene Stuten,
2. für die Zuchtgebiete Dippoldiswalde und Großharthau für 1- und 2jährige Fohlen.

Die Ortsbehörden des Bezirks werden angewiesen, die Pferdebesitzer ihres Ortes hiervon in Kenntnis zu setzen und dabei darauf aufmerksam zu machen, daß für alle im Zuchtregister eingetragene Stuten ein um 100 Mark niedrigeres Deckgeld zu zahlen ist. Diejenigen Züchter also, deren Stuten nicht im Zuchtregister aufgenommen sind, die sich aber fernerweit das bisherige niedrigere Deckgeld sichern wollen, müssen ihre Stuten bei der nächsten Stutenmusterung zur Eintragung ins Zuchtregister vorstellen und ihre Nachkommen zur Fohlenschau bringen.

Eine Anmeldung der Fohlen bezw. Stuten zur Schau hat nur stattzufinden, wenn für die in Frage kommenden Tiere Prämiierungen angelegt sind und sie hierbei in Wettbewerb treten sollen. In diesem Falle muß die Anmeldung auf einem bei jeder Beschälstation zu entnehmenden Formulare **bis zum 15. März 1922** an diejenige Beschälstation erfolgen, wo die Tiere zur Prämiierung vorgeführt werden sollen. Spätere Anmeldungen können nur in besonders begründeten Fällen noch berücksichtigt werden.

Dresden-Neustadt, am 9. März 1922.
h 2701] **Die Amtshauptmannschaft.**

Pirna. Die am 15. Februar 1922 fällig gewesene **Gemeindegrundsteuer** auf 4. Termin 1922 ist, soweit sie noch nicht bezahlt ist, binnen einer Woche an die Stadtsteuerkasse (Rath. 1. Geschoß) zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Zahlfrist beginnt das Beitreibungsverfahren.

Pirna, den 8. März 1922.
h 250] **Der Rat der Stadt Pirna.**

Die Gebühren für die **Gas- und Wasserwerke** sowie für die **Elektrizitätsversorgung** sind nach übereinstimmenden Beschlüssen der städtischen Körperschaften ab 1. März 1922 neu festgesetzt worden. Eine Gesamtübersicht hängt 14 Tage im Rathaus, 2. Obergeschoß, zur Einsichtnahme aus.

Pirna, den 9. März 1922.
h 251] **Der Rat der Stadt Pirna.**

Nachruf!
Unser lieber und langjähriger Kollege
Ernst Gustav Hentschel
Lockwitz, ist am 6. März unerwartet gestorben.
Wer ihn gekannt, wird ihm jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. [1050
Die Arbeitskollegen der Firma Wehle & Co.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 8. März, früh 2½ Uhr, mein lieber, unvergeßlicher Gatte, unser herzensguter Vater, Bruder und Schwager, der Maurer
Franz Hermann Werner
i. Alter v. 45 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an
Dresden, den 10. März 1922 [1886
Bertha Werner u. Kinder nebst Angehörigen.
Die Einäscherung findet Sonnabend, vorm. 11 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz statt.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute nacht plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Frau, treusorgende Mutter, Groß- und Schwiegermutter
Pauline Tropschug
im 71. Lebensjahre.
Dresden-Striesen, 9. März.
Kipsdorfer Straße 114, 3.
In tiefem Schmerz:
Joseph Tropschug
nebst Tochter, Schwiegersohn und Schwester.
Die Einäscherung findet Montag den 13. März, nachm. 1 Uhr, im Krematorium in Tolkewitz statt. [1883

Tüchtiger und erfahrener
Karosseriebeschlag-Schlossermeister
für möglichst sofortigen Eintritt gesucht.
Es kommen nur Bewerber mit nachweisbar langjähriger guter Erfahrung in der Beschlagschlosserei von Personenwagen — Karosserien — in Frage. Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind einzureichen an [1463
„Hansa", Automobil- u. Fahrzeugwerke Aktiengesellschaft, Varel i. O.

Schladitz-Werke A.G. Dresden-A. Zwickauer Str. — suchen sofort selbständig arbeitende **Geldschrankschlosser** [1260

M. L. D.
Schuhhaus **Martin Lewin**
Dresden-A.
Zahnsgasse **29, I.**
[387] nur erste Etage
Eingang vom Hausflur
Durchgehend geöffnet von 9—7 Uhr
Prompter Postversand unter Nachnahme
Reparaturen schnell und billig
Lack-Schnürhalbschuhe *M* 375, 395. — Lack-Spangenschuhe *M* 345, 245.

Billige **Qualitäts-Schuhwaren**

Schwarze Herren-Schnürstiefel *M* 425, 395, 375, **345**	Schwarze Herren-Schnallenstiefel *M* **395**	Schwarze Damen-Schnürstiefel *M* 495, 425, 375, 345, 295, 275, **265**
Braune Herren-Schnürstiefel *M* 495, **445**	Schwarze Burschen-Stiefel Gr. 36—39 *M* 275, **255**	Schwarze Damen-Schnürhalbschuhe *M* 295, 265, **245**
Schwarze Herren-Halbschuhe *M* 395, **325**	Braune Burschen-Stiefel Gr. 36—39 *M* **365**	Schwarze Damen-Spangenschuhe *M* 220, 195, 145, **125**
Braune Herren-Halbschuhe *M* **445**	Pa. Herren-Fahlleder-Schnürstiefel *M* **345**	Braune Damen-Schnürhalbschuhe *M* **345**; Braune Damen-Spangensch. *M* 345, 285, **225**

Der Weg zu uns lohnt!!
Die herrlichsten **Frühjahrs-Neuheiten**
in bekannter Güte u. Preiswürdigkeit finden Sie nur in dem bekannten
Kaufhaus **GLOCKE**
25 Annenstraße 25 direkt Annenkirche
Herren-Anzüge — Frühjahrs-Schlüpfer — Moderne Hosen — **Konfirmanden-Anzüge** einzig an Güte und Billigkeit. — Knaben-Anzüge — Jüngl.-Anzüge — Knaben-Hosen
Berufs-Kleidung

Mehrere tüchtige **Strohhutnäherinnen**
für sofort nach Elberfeld gesucht. Gute Unterkunft vorhanden. Angebote unter T. 728 an die Annoncen-Expedition **Jak. Vohwinckel, Elberfeld.** [1819

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-A., Jacobis, Ecke Augsburger Straße
empfiehlt zu noch sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte **Kernledersohlen**
in verschiedenen Gerbarten, nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt. Ferner Oberleder, Täschnerleder und dergl. Schuh-, Gürtel- u. Riemenschnallen, Maschinen, Druckknöpfe, Taschenschlösser, Leisten u. Werkzeuge.

Gruna-Seidnitz
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Parteiliteratur nimmt entgegen
Frau **Hedwig Hänel**
Seidnitz, Gorbitzstraße 32, I.

Kräftiger Oberknecht und Mädchen [1582 in Landwirtschaft gesucht **Röhrsdorf Nr. 13.**

Auf Teilzahlung und [1379 **gegen bar**
Möbel
Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer, Farbige Küchen, Sofas, Schränke, Kinderbetten
Kinderwagen
Damenmäntel, Damenkleider, Strickjacken, Kostümröcke
Herren-Anzüge
Gardinen
Manufakturwaren, Damen- und Bettwäsche
Ittmann
9, I. Neumarkt 9, I.
im Hause der Post.

Schreibmaschinen-Reparaturen
führen aus an Ort u. Stelle u. in eigner großer Werkstatt
M. & R. Zocher
Dippoldiswalder Gasse 8, Fernspr. 25 381 (Werkstatt)

Musikinstrumente
aller Art, auch defekte,
kauft u. tauscht
13 Otto Friebel 13 Ziegelstraße
Man achte genau auf meine Adresse!
Fernruf 14984. [1369

Eleg. Kinder- u. Klappwagen bill. z. verk. Oppellstr. 18, I.
Rohrsessel, Klappstühlchen, Klappwagen gesucht Annenstr. 58, I.

Zwanglose Besichtigung erbeten!
Große Auswahl u. ständiges Lager in preiswerten
Polsterwaren
wie Auflege-Matratzen, zwei- u. dreiteil., in la Drell, Chaiselongues, Sofas m. la Bezug i. jed. Preislage.
Möbelhaus Union
Dresden-A., Maunstr. 17 am Albertplatz.
Eigene Werkstätten, daher besonders billig! [1891

HORAK
Schloßstr. 17, Freiberg. Pl. 18, Hauptstr. 34, Pillnitzer Str. 55
Geöffnet v. 9—1 u. 3—7 Uhr.
Nur noch einige Tage:
Haferflocken 6.20
Kakao feinster dunkler 30.00
Kornkaffee frisch geröstet 5.00
Alles Paketware per Pfund.
Ferner empfehle ich mein reichhalt. Lager in: Frisch geröst. Kaffees, Tee, Mehl, Rosinen, Mandeln und andern Kolonialwaren.
Alles nur prima Qualitätswaren. [1302
Ausschneiden!

Grammophonplatten
abgespielte u. zerbrochene Stück 6 M. kauft Tappert, Wettinerstraße 34. [1366

Jede Nähmaschine auch defekt, kauft od. repariert Mechan. Liebezeit, Wilsdruffer 15. Karte genügt

Moderne **Anzüge Hosen** auf Teilzahlung **Scheffelstr. 26, I.** [1868

Schwarze Damen- u. Herren-**Kleidung** f. Trauer u. Festlichk. **wird verliehen** Töpferstr. 1, I. r. Carl Kreidl. [1162

Wo kauft man billig **Möbel** Stahl-Einlage- und Auflege-Matratz.? E. Goldhammer Gr. Brüdergasse 19.

Haarnetze für Wiederverkäufer. Frau Emma Schunke 40 am Postplatz Wilsdruffer Straße 40

Ata Henkel's Scheuerpulver putzt reinigt Alles!
Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Soeben ist erschienen
Die Entwicklung d. Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft von Friedrich Engels Preis 4.50 M.

Soeben ist erschienen
Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer)
Nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil, M. d. R.
Preis 5.50 M.
Volksbuchhandlung und Filialen.

Damen-Frühjahrs-Moden u. -Stoffe
Infolge rechtzeit. Riesen-Einkäufe sind wir in der Lage, unsere Waren zu außerordentl. niedrigen Preisen verkaufen zu können

Covercoat-Paletot mit Steppereiverzierung, von 195 *M* an	Elegante Alpaka- und Ripsmäntel schwarz, blau, braun und große Weiten, von 275 *M* an	Fesche Schlüpfer aus englischen Stoffen, aparte Formen, von 475 *M* an	Modelle in hochelegant. Jumpers aus Seidentrikot, für den verwöhntesten Geschmack, mit ganz kleinen Schönheitsfehlern, zu ganz besonders billigen Preisen	Moderne Tuch-Kleider mit Stepperei, soweit Vorrat, von 275 *M* an	Wundervolle Kammgarn-Kleider bestickt, verschiedene Arten, von 550 *M* an	Konfirmanden-Kleider von 145 *M* an

Riesen-Auswahl in Röcken, Blusen, Stoffen, in jeder Preislage!
Nur 1. Etage Kein Laden — **Scheffelstraße 17** — Nur 1. Etage Kein Laden
Birnberg & Co.

Herren-Garderobe
Jackettanzüge in blau, Homespun, modern. Streifen und verschiedenen Farben
Burschen- u. Konfirmanden-Anzüge, Cutaways und Gehrock-Anzüge, Militär- und gestreifte Hosen
moderne Gummimäntel
kaufen Sie vorteilhaft bei
Reich, Gr. Brüdergasse 14, I.
bei Wobsa im Hause. [1283
Gesellschaftsanzüge werd. tageweise verliehen.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung auf sämtliche Parteiliteratur usw. — (Annahme von Inseraten) beim — Kolporteur Ringel, Langebrück, Kirchstraße 18, I.